



„Wir haben uns nicht versteckt“

Engagement für Natur und Umwelt in der DDR

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)
Referat Öffentlichkeitsarbeit, Online-Kommunikation; Team „Social Media“ · 11055 Berlin
E-Mail: buergerinfo@bmuv.bund.de · Internet: www.bmuv.de

Redaktion

BMUV, Referat G II 1

Gestaltung

wbv Media, Bielefeld, Christiane Zay

Bildnachweise

Siehe Seite 46

Stand

Januar 2022

Download dieser Publikation

Internet: www.bmuv.de/publikationen

Hinweis

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz kostenlos herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden. Mehr Informationen unter: www.bmuv.de/publikationen

Inhalt

Einleitung	4
Die Eule: ein vielseitiges Symbol	6
Ein Instrument des Protests: Eingaben für Natur und Umwelt	7
Die erstaunlichen Kretschmanns	9
Arten retten, Vielfalt schützen	11
Nationalparkideen in der DDR	13
Das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg	15
Kurz und knapp – Samisdat: die Macht des gedruckten Wortes	17
Die Schweriner Baumpflanzaktionen	18
Die Arbeitsgruppe Umwelt Leipzig	20
Schreiben für die Umwelt	22
Protest gegen ein Kernkraftwerk in Stendal	24
Stadtökologie in Schwedt	26
Die Fotografin Marion Wenzel	28
Kurz und knapp – Altstoffe und Kreislaufwirtschaft	30
Kurz und knapp – Brodowiner Gespräche	30
Eine Mark für Espenhain	31
Die Umweltbibliothek Berlin	34
Der Film „Bitteres aus Bitterfeld“ des Grün-ökologischen Netzwerks Arche	36
Kurz und knapp – Umweltgruppe Knau-Dittersdorf: gegen Tierleid und Gülle	38
Kurz und knapp – Die Deponie Schöneiche	38
Hinweise und Quellen	40
Literaturauswahl	42
Abkürzungsverzeichnis	45
Bildnachweise	46



Wandbild in Bitterfeld, 1990

Einleitung

In der Rückschau scheint die Umweltgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) manchmal auf die Bilder einer ökologischen Katastrophe zusammenzuschrumpfen: Vergiftete Seen, verschmutzte Flüsse, industrielle Agrarflächen und marode Industrieanlagen sind in bleibender Erinnerung. Dabei wurde in der DDR schon relativ früh ein neues Naturschutzgesetz (1954) erlassen, 1968 der Gedanke des Natur- und Umweltschutzes in die Verfassung eingeschrieben und 1970 ein durchaus modernes Landeskulturgesetz verfasst – zu einem Zeitpunkt, als die Umweltpolitik auch international an Bedeutung gewann. Mit dem bereits 1972 eingerichteten Umweltministerium und ihrer ambitionierten Umweltgesetzgebung eröffnete sich für die DDR-Staatsführung die Chance, sich nach außen hin zu profilieren. Der Schutz von Natur und Umwelt schien sich zu einem Konsensthema zu entwickeln. Doch die Realität hielt den hehren Ansprüchen des Staates nicht stand.

Die Abhängigkeit des Energie- und Produktionssystems von der Braunkohle wie auch der Erzeugungsdruck auf die Landwirtschaft wurden immer mehr zu Quellen massiver Umweltzerstörung. Die Ökologie hatte sich der Ökonomie unterzuordnen. Es fehlte weder an Diagnosen über den problematischen Um-

gang mit der Natur noch an Widerspruch gegen den Umweltverbrauch. Der Spielraum für Korrekturen oder Protest allerdings war systembedingt äußerst begrenzt. Für die Akteurinnen und Akteure in Behörden, in Wissenschaft und im staatlich konformen Naturschutz, die den Schwund dokumentierten, entwickelte sich ihr

Tun zu einem fortgesetzten Spagat zwischen Anpassung und Reformversuchen. Diese Spannung zwischen Wissen und staatlichem Handeln, zwischen Ideologie und wissenschaftlicher Erkenntnis kennzeichnete auch den Alltag derer, die sich ehrenamtlich oder jenseits staatlicher Organisationsstrukturen für Natur und Umwelt einsetzten. Und sie verschärfte sich 1982 mit der „Anordnung zur Gewinnung oder Bearbeitung und zum Schutz von Informationen über den Zustand der natürlichen Umwelt in der DDR“, die Umweltdaten unter Verschluss stellte.

Das ehrenamtliche Natur- und Umweltschutzengagement der DDR war vielschichtig und mannigfaltig. Es reichte von traditionellem Flächen- und Artenschutz über freiwillige Aktionen wie das Beseitigen von wilden Müllkippen oder die Wiederherstellung eines Dorfteiches bis zur Bereitstellung von Informationen über das Ausmaß von Umweltbelastungen. Das Engagement für ökologische und gesellschaftliche Anliegen verstärkte sich in den 1970er-Jahren und beschleunigte sich im Laufe der 1980er-Jahre.

Viele Initiativen sammelten sich unter dem Dach der Kirche. Das eröffnete ihnen einen verhältnismäßig großen Spielraum für ihre Aktivitäten. Eine neue Generation von Menschen, die sich für den Schutz von Natur und Umwelt engagierten und nun auch zunehmend die Staatsdoktrin infrage stellte, formierte sich. Eine vornehmlich junge Bewegung nahm Konturen an. Die Akteurinnen und Akteure wagten den offenen Protest – ob bei Fahrraddemos oder Umweltgottesdiensten.

Die hier vorliegende Sammlung von Ereignissen, Bildern und Stimmen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wirft Schlaglichter auf einige der vielen Ideen und Initiativen, die in der DDR entstanden, um Natur und Umwelt zu schützen und zu erhalten. Sie vermitteln einen Eindruck der Vielgestaltigkeit des Engagements und der Akteurinnen und Akteure. Die Mittel der Wahl konnte genauso unterschiedlich sein wie die Motive. Viele Menschen waren bereit, persönliche Risiken einzugehen. Doch nicht nur Engagement, das gefährlich werden konnte, ist wertvoll und verdient erinnert zu werden. Gemeinsam war allen der Wunsch, Einfluss zu nehmen und aktiv zu werden für Mensch, Natur und Umwelt.

Jede und jeder Einzelne steht für viele andere. Die Namen vieler Akteurinnen und Akteure sind bekannt, Unzählige sind anonym geblieben. Manche unterstützten die Bewegung, ohne direkt ein Teil davon zu sein, wie ein Betriebsdirektor, der die erste Baumpflanzaktion in Schwerin ermöglichte, eine junge Frau, die spontan ein Stück bei einer Demo mitging, oder ein Whistleblower, der Daten weitergab an die, die sie veröffentlichten.

Es lohnt sich, die Zugänge zu dieser Vergangenheit offenzuhalten und Erinnerungsorte wieder zu besuchen. Auch deshalb, weil hier deutlich wird, dass der Schutz der Natur nicht allein dem Staat, einer Behörde oder Organisation übertragen werden darf, sondern immer wieder neu und eigensinnig auch individuell angestiftet werden kann. Widerstände, Frustrationen und auch Repressionen einer Diktatur als Antwort auf nicht konforme Aktivitäten und Proteste sind Teil der Erzählungen, nicht ihr Ende. Die Geschichte des Natur- und Umweltengagements in der DDR ist immer noch in mannigfacher Gestalt präsent – in Allianzen und Freundschaften, in Organisationen und Gesetzen, in Büchern und Filmen, in Landschaften und Flüssen und selbst in Gestalt von Wanderfalken und Orchideen. So unterschiedlich Akteurinnen und Akteure waren, eins war ihnen gemein: In der Aktion wuchsen Mut und Hoffnung. Ein Mut, der auch im Umbruchprozess 1989 zum Tragen kam. Und eine Hoffnung, die viele der Befragten in den aktuellen Umweltprotesten und Initiativen junger Menschen wiedererkennen, die wie sie ein zukunftsfähiges Mensch-Natur-Verhältnis mit Forderungen nach einer offenen und toleranten Gesellschaft verbinden.

Die Eule: ein vielseitiges Symbol

Engagement braucht Symbole, als Kenn- und Erkennungszeichen und zur Verlautbarung und Sichtbarmachung. „Ich bin hier und wache“, scheint diese stilisierte Waldohreule mit den runden Augen zu vermitteln, die ihrem Gegenüber direkt ins Gesicht blickt. Es ist ein freundliches Emblem, das signalisiert, dass im Rücken dieser Wächterin die Natur einen besonderen Schutz genießt. Die Eule gilt bis heute als Logo und Ikone des Naturschutzes der DDR. Sie stammt aus dem Haus von Erna und Kurt Kretschmann, den wohl prägendsten Figuren der frühen ostdeutschen Umweltgeschichte.



Eule, Kinder und Kurt Kretschmann, 1979

In den frühen 1950er-Jahren zieht Kurt Kretschmann als Landesbeauftragter für Naturschutz durch Brandenburg. Er erhebt den Stand der Natur und sucht nach besonderen Biotopen und schützenswerten Arten, indem er sich bei den Menschen vor Ort nach ihren Naturerfahrungen und Beobachtungen erkundigt. Dazu gehört auch die Frage nach dem Bestand der Schleiereule. Kretschmann stellt fest, dass die Eulen weithin als schlechte Omen und als Totenvögel gelten: „Und weil die Eule so verleumdet war, habe ich gesagt: Die machst du jetzt als Zeichen für Naturschutz, damit wir den Leuten zeigen, dass das eine falsche Einstellung ist und gerade dieser Vogel für uns wertvoll ist.“

„Die machst du jetzt als Zeichen für Naturschutz“

Kretschmann lässt in Olbernhau im Erzgebirge 5.000 Holzschilder mit dem Motiv fertigen. Mit ihren kleinen Dachüberständen machen sie eher den Eindruck eines beschützenden Zeichens, eines Marterls, als den eines rigiden Verbotsschildes. Dieses Vogelmotiv hat eine individuelle Besonderheit, wie sich Kretschmann

später erinnert: „Die Eule war am Anfang immer falsch gemalt, das heißt, das hat ein Grafiker gemacht nach meinen Vorschlägen – mit drei Zehen! Aber die hat in Wirklichkeit nur zwei Zehen und den einen Zeh hat sie nach hinten. Aber das hat nur einmal ein Biologielehrer kritisiert. Alle anderen haben das gar nicht gemerkt. Und wir haben es auch nicht gemerkt.“ Es geht schließlich um etwas anderes: ein Wiedererkennungsmerkmal für den Naturschutz zu schaffen. Kretschmann verteilt die Schilder an die „bekanntesten Naturschutzleute in der DDR“. Als 1954 das Naturschutzgesetz der DDR geschaffen ist, wird das Logo zum offiziellen Signum der staatlich geschützten Naturdenkmäler, Alleen, Natur- und Landschaftsschutzgebiete. Aber erst 1971 bekommt die Eule ein verbindliches Design und ist fortan von einem gelben Trapez umgeben. Dabei entflieht sie der staatlichen Festlegung und taucht als Symbol auch bei der jungen DDR-Umweltbewegung auf – zum Beispiel bei der Aktion *Mobil ohne Auto*. 1994 erweitert das Eulensymbol seinen Radius noch einmal, als es von der 42. Umweltministerkonferenz als gesamtdeutsches Naturschutzzeichen empfohlen wird. So kann man es heute auch am Ufer von Sylt treffen, wo die Eule über den Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer wacht.



Ein Instrument des Protests: Eingaben für Natur und Umwelt

Ein Instrument des Protests und der politischen Kommunikation gehört für viele Akteurinnen und Akteure der DDR zum festen Repertoire ihres Einsatzes für Natur und Umwelt: die Eingabe. Sie richten sie an Betriebe, Behörden oder an Erich und Margot Honecker persönlich.

Das Eingaberecht ist im Ansatz bereits in der Verfassung der DDR von 1949 verankert, in Rechtsform wird es als Beschwerderecht 1953 gegossen und durchläuft einige Präzisierungen. 1975 wird das Eingabegesetz schließlich in seiner letztgültigen Form verabschiedet. Es legt nicht nur das Recht auf das Einreichen einer Eingabe – als Einzelperson oder Kollektiv –, sondern auch die Regeln zu ihrer Beantwortung fest. So muss es in der Verwaltung verbindliche Sprechzeiten geben, in denen Eingaben mündlich vorgetragen werden können. Die behördlichen Ansprechpersonen sind verpflichtet, das Beschwerdeanliegen mit den Petentinnen und Petenten

in einem Eingabegespräch zu klären. Der Zeitraum zur Beantwortung ist gesetzlich festgelegt. Was sich nur bedingt gesetzlich regeln lässt, ist die Qualität der Antworten und Lösungsansätze – zudem existieren keine Verwaltungsgerichte, die die Beschwerdeführenden bei Widerspruch anrufen könnten.

In Eingaben machen Menschen ihrem Unmut Luft. Sie informieren Behörden, Betriebe und Parteiapparat über konkrete Probleme oder strukturelle Missstände und verlangen Abhilfe. So erfahren die zuständigen Stellen, wo der Druck besonders groß ist und Handlungsbedarf

besteht. Damit zeitigen Eingaben – wie andere Protestformen auch – mal mehr, mal weniger Erfolg.

Ab den 1960er-Jahren thematisieren Eingaben zunehmend die Verschmutzung von Gewässern und Luft. Geruchsbelästigung durch Betriebe in Wohnortnähe; die sichtbaren Folgen von Luftverunreinigung, wie der Zerfall von Fassaden oder absterbende Bäume, sind ebenso Anlass für Eingaben wie Gesundheitsbeschwerden. Diejenigen, die diese Eingaben aufsetzen, wollen keinen Schadenersatz, sie fordern eine Änderung der Sachlage durch konkrete Maßnahmen.

Ob es um Rechtsfragen, die schriftliche Formulierung eines Anliegens oder die Gesprächsführung geht: Die Wiederholung der Beschwerde – weil Verbesserungen auf sich warten lassen – schafft Eingabeprofis. Mitte der 1960er-Jahre registrieren Staats- und Ministerrat mit Unbehagen eine steigende Zahl von Eingaben zu Umweltfragen. Diese Eingaben sind Teil einer umweltpolitischen Dynamik, die sich nicht zuletzt auch in der Verabschiedung des Landeskulturgesetzes 1970 widerspiegelt.

Der Volkseigene Betrieb (VEB) Ostthüringer Möbelwerke in Zeulenroda produziert nicht nur Möbel, sondern auch jede Menge Staub. Die Belastung im Umfeld des Werkes ist hoch, vor allem nachdem das Werk Mitte der 1960er-Jahre seine Produktion gesteigert hat. Nicht nur die Bevölkerung, auch eine Molkerei und ein Altstoffhandel leiden unter der Verunreinigung. Die Betroffenen greifen zum Mittel der Eingabe, Tendenz steigend. Es folgt eine unangekündigte Betriebskontrolle durch die Bezirkshygieneinspektion und die „Arbeiter- und Bauerninspektion“, die deutliche Mängel bei den Schutzvorrichtungen zutage bringt: falsche Technik, gepaart mit offenen Verladeeinrichtungen, die dem Staub Tür und Tor öffnen. Gespräche mit dem Betriebsdirektor scheitern, die Bezirkshygieneinspektion droht mit Zwangsgeld, falls die Frist zur Beseitigung der Mängel nicht eingehalten wird. Ausreden lässt sie nicht gelten. 1964 muss der VEB Ostthüringer Möbelwerke in Zeulenroda klein beigeben. Die Eingaben erreichten ihr Ziel.

Die Eingabe ist ein Instrument, das allen offen steht. Das Eingabegesetz schreibt auch nicht vor, wie die Gruppe einer Kollektiveingabe organisiert sein soll. So kommt es, dass seit den 1970er-Jahren neben Belegschaften und dem Kulturbund auch Kollektive, die

man heute als Bürgerinitiativen beschreiben würde, Eingaben nutzen, um auf Umweltprobleme aufmerksam zu machen und Lösungen zu verlangen. Gerade Eingaben, die von mehreren Personen gemeinsam formuliert und eingereicht werden, geht eine Diskussion und Gruppenbildung voraus, die die Beschwerdeführenden in ihrem kritischen Anliegen bestärken können.

1972 lässt die Staatssicherheit eine ihrer Kasernen in den Gosener Bergen erweitern. Mit klaren Folgen für die Erholungssuchenden aus dem unweit liegenden Berlin. Denn nun trennt ein Stacheldrahtzaun das zuvor frei zugängliche Waldgebiet ab und entzieht es der Allgemeinheit. Zahlreiche Berlinerinnen und Berliner schreiben Eingaben an den Stadtmagistrat, die Bezirksbehörden und das Umweltministerium. Dass sie sich mit ihren Eingaben gegen ein Vorhaben der Staatssicherheit stellen, schreckt sie nicht. Die Bandbreite der Schreiben ist groß: Manche bitten fast vorsichtig um eine Zurücknahme der Abriegelung, andere äußern sich frank und frei gegen die militärische Nutzung des Gebietes. Mit Verweis auf das Landeskulturgesetz oder staatliche Äußerungen zur Verbesserung von Erholungsmöglichkeiten stützen die Petentinnen und Petenten ihr Anliegen. Um mehr Öffentlichkeit zu gewinnen, binden manche die Berliner Zeitung ein. Doch ohne Erfolg. Die Staatssicherheit ist unantastbar, hier geraten Eingabeproteste an ihre Grenzen.

Bis in die 1970er-Jahre verknüpfen Verfasserinnen und Verfasser ihre Eingaben durchaus mit der Hoffnung auf Verbesserung der Umweltsituation. Das ändert sich im letzten Jahrzehnt der DDR. Es wird sichtbar, dass der Staat seinen selbst erklärten Pflichten nicht nachkommt. Das zeigen fehlende Umweltauflagen für Betriebe, zu viele Ausnahmeregelungen und Fristen zur Beseitigung der Mängel bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. Die in Eingabegesprächen gemachten Versprechungen sind nicht mehr glaubhaft, das immer gleiche Prozedere der Beschwichtigung von Behörden und Betrieben wirkt hohl. Vermehrt suchen Akteurinnen und Akteure neue Wege, ihrem Anliegen Gehör zu verschaffen. Einige aber schreiben weiterhin Eingaben, setzen auf die „Macht der Masse“. Diese kann dabei auf ganz andere Weise zur Wirkung kommen als gedacht. Die Leipziger Umweltakteurin Gisela Kallenbach macht Ende der 1980er-Jahre die Erfahrung, dass die Petentinnen und Petenten gemeinsam zum Gespräch geladen werden. Es seien zu viele für Einzelgespräche gewesen. Das aber bestärkt die Beschwerdeführenden umso mehr in ihrem Umweltengagement.



Freundlich, eigensinnig,
ganz erstaunlich: Kurt
und Erna Kretschmann,
8. Juni 1999

Die erstaunlichen Kretschmanns

Erna und Kurt Kretschmann gelten als Ikonen der DDR-Naturschutzbewegung. Sie sind Ausnahmereisnerungen mit einer erstaunlichen Wirkung: ein Paar, das bereits in der noch jungen DDR Naturschutzinitiativen anzettelt, Gesetze entwirft, Bäume pflanzt – und unzählige Menschen durch sein Tun, Handeln und Denken für den Naturschutz inspiriert.

„Eine große Friedensarbeit“

Die gelernte Erzieherin Erna (1912 bis 2001) und der gelernte Schneider Kurt Kretschmann (1914 bis 2007) haben zeitlebens klare Haltungen: Sie sind antifaschistisch, pazifistisch und leben vegetarisch. Nach dem Zweiten Weltkrieg, dessen Ende Kurt als Deserteur in einem Waldversteck bei Bad Freienwalde überlebt hat, wollen sie endlich ihre Lebensentwürfe verwirklichen, ihr „eigenes Leben gestalten“ und vor allem etwas gemeinsam machen. Beide sind von den Lebensre-

formbewegungen geprägt, beide vom Sozialismus überzeugt. Naturschutz wird dabei schnell zu einem der Dreh- und Angelpunkte ihres individuellen und politischen Handelns. Für sie ist selbstverständlich, dass Naturschutz „eine große Friedensarbeit“ ist. Kurt nimmt 1950 das Amt des Kreisnaturschutzbeauftragten an, der auch das Engagement der ehrenamtlichen Naturschutzhelferinnen und -helfer koordiniert, und wird schließlich Referent für Naturschutz an der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (DAL). Erna übernimmt 1951 eine Stelle als Referentin für

Naturschutz in Bad Freienwalde. Doch das sind nur die Ämter. Ihre Strahlkraft gewinnen sie vor allem durch ihren unbändigen Tatendrang und ihre Offenheit. Sie sammeln alles an Naturschutzwissen und -praktiken, was ihnen in die Hände fällt – und tragen es weiter. Gemeinsam organisieren sie mobile Informationsstände in einem ausrangierten Möbelwagen, entwerfen Ausstellungen, schreiben Aufsätze, Broschüren, Bücher. Als Naturschutzreferent der DAL arbeitet Kurt am neuen DDR-Naturschutzgesetz mit – das allerdings hinter seinen Vorstellungen zurückbleibt. Zusammen stößt das Paar 1954 ein ganz neues Projekt für Wissensvermittlung und Naturbildung an: die *Lehrstätte für Naturschutz*. Sie ziehen mit staatlicher Erlaubnis und



Bad Freienwalde, August 1987

selbst gesammelten Spenden für den Aufbau in einen leer stehenden Bauernhof in Waren an der Müritz: „In diese Einsamkeit, kein elektrisches Licht, kein Telefon“, erinnert sich Erna Kretschmann. Wie stößt man in der Abgeschiedenheit eine Bildungseinrichtung an, die Reichweite entwickeln kann? „In dieser rückständigen Situation haben wir mit Mut begonnen und haben mit Kerzenlicht die ersten Lehrgänge durchgeführt. Im nächsten Jahr hatten wir dann schon Petromax-Lampen, und im übernächsten Jahr hatten wir schon einen Haushaltsplan erreicht und bekamen elektrisches Licht“, wird sich Erna Kretschmann erinnern. Hier leiten sie unzählige Menschen an, aktiv zu werden, auf allen Ebenen Naturschutzfragen voranzutreiben und offen für Neues zu bleiben.

„Der Naturschutz, der staatliche Naturschutz, war zu schwach in der DDR“

Nach Reibereien mit den amtlichen Strukturen 1960 kehren die beiden nach Bad Freienwalde zurück. Erna wird Bezirkssekretärin für die Themenfelder Natur und Heimat im Bezirk Frankfurt (Oder), nimmt dann eine halbe Stelle in einer Buchhandlung an und baut mit Kurt das *Haus der Naturpflege* auf: Ein einfaches Blockhaus mit Gartenflächen und kleinen Biotopen, das sich zu einer Zentrale für angewandten Naturschutz und eine alternative Lebensweise entwickelt. Eigentlich wollen sie damit

ein Modell liefern für ein Netz aus vielen regionalen Einrichtungen, wie Kurt Kretschmann später berichtet: „Der Grundgedanke war, Häuser für Naturpflege am Rande der Großstädte einzurichten, auch in anderen Großstädten. Aber das ist nicht passiert. Der Naturschutz, der staatliche Naturschutz, war zu schwach in der DDR.“ Erna Kretschmann und ihr Mann lassen sich davon nicht beirren. Sie leben von ihren Vorträgen und aus ihrem Garten, bringen Menschen zusammen, diskutieren, legen Lehrpfade in der Umgebung an, initiieren Artenschutzprojekte für Storch und Fledermaus, klären auf. Ihr unabhängiges Naturschutzleben wird geduldet. 1981 dreht der Fernsehredakteur Hartmut Sommerschuh den Film *Ein Leben ohne Zäune* über „diese beiden freundlichen Menschen“ und deren ungewöhnliches und „facettenreiches Leben“. Der Beitrag wird an einem Samstagnachmittag im Januar 1982 gesendet, nachdem auf redaktionelle

Weisung noch Kurts Satz „Wer für den Naturschutz ist, ist auch für den Frieden“ herausgeschnitten werden muss. Am folgenden Montag wird eine erneute Ausstrahlung des Films verboten, das Sendeband eingezogen. Die öffentliche Darstellung der Projekte und Lebensweisen der Kretschmanns haben aus Sicht der Partei in Zeiten eines wachsenden und politischen Umweltbewusstseins einen konterrevolutionären Ruch. Ihre Einstellung, die Verknüpfung von Naturschutz- und Friedensarbeit, steht längst im Verdacht, die aufkeimende unabhängige Umweltbewegung zu stützen. Dem Sendungsbewusstsein und der Aktivität des Paares tut das indes keinen Abbruch. Ihr *Haus der Naturpflege* ist bis heute einer der zentralen Erinnerungsorte der Naturschutzgeschichte der DDR.

Arten retten, Vielfalt schützen

Die Natur zu schützen, postuliert die junge DDR als eine staatliche Aufgabe. Die Entwicklung der Wirtschaft erfordert zwar „die Inanspruchnahme der Naturkräfte und Bodenschätze und bedingt Eingriffe in den Haushalt der Natur“, wie es im 1954 erlassenen Naturschutzgesetz heißt. Die Natur ist aber auch „vor unberechtigten und nicht notwendigen Eingriffen zu schützen, die Schönheit der Pflanzen- und Tierwelt zu erhalten und zu pflegen und der Wissenschaft die Möglichkeit der Forschung zu geben“.

Dem ehrenamtlichen Naturschutz, der im Kulturbund organisiert ist, wird dabei eine gewichtige Rolle zugewiesen. Ein weitverzweigtes Netz aus Laien und Fachleuten entsteht, die sich in verschiedenen Fachgruppen konkreten Aspekten des Naturschutzes widmen. Die Mitglieder schwärmen aus, kümmern sich um geschützte Gebiete und Arten, pflegen, kartieren, beobachten und kommentieren den Stand von Flora, Fauna und Flächen. Die ehrenamtlichen Naturschützerinnen und -schützer agieren innerhalb des

Der Kulturbund und die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU)

Der Kulturbund war eine Massenorganisation, unter dessen Dach sich wissenschaftliche und kulturelle Gruppen und Aktivitäten bündelten. Auch der Naturschutz sollte sich in den „demokratischen Zentralismus“ einordnen und seinen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus leisten. Die Naturschutzvereine wurden im Jahr 1950 im Kulturbund zwangsvereinigt und ihre ehrenamtlichen Aktivitäten in der „Zentralen Kommission für Natur- und Heimatfreunde“ koordiniert. 1980 entstand daraus die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“, die bald darauf 60.000 Mitglieder verzeichnete.



Plötzlicher Schwund einer weitverbreiteten Art: der Wanderfalke

Systems, viele nutzen ihr Engagement für die Natur als privaten Rückzugsraum. Gleichzeitig bilden sich im Naturschutz angesichts des steigenden Natur- und Umweltverbrauchs in der DDR auch die wachsenden Widersprüche zwischen Anspruch und Wirklichkeit deutlich ab.

Das Gift und die Greifvögel

Vogelschutz ist ein klassisches Naturschutzthema. Auch im Kulturbund beschäftigen sich Arbeitsgruppen mit der Vogelwelt. Der Rückgang spezifischer Populationen ist Anlass für diverse Initiativen und Schutzprogramme. In den 1950er-Jahren gründet sich unter dem Dach des Instituts für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) der *Arbeitskreis zum Schutz vom Aussterben bedrohter Tiere*.

Die Mitglieder des Arbeitskreises sind Menschen, die sich schon länger um den Schutz einer speziellen Art – von Biber bis Uhu – bemüht haben. Viele von ihnen haben Biologie studiert, aber auch engagierte Laien sind dabei. Der Wanderfalke wird zum Paradebeispiel „für den plötzlichen Schwund einer relativ weit verbreiteten Art. Der Rückgang war rasant und schleierhaft“, so erinnert sich der Biologe Wolfgang Kirmse.



Booßen, Bau eines Schutzdamms für ein Biotop, 1988

Er ist der Spezialist für die baumbrütenden Wanderfalken, während sich Kurt und Gert Kleinstäuber um die felsbrütenden kümmern. Die Bruten bleiben zunehmend erfolglos – ein weltweites Phänomen. Ein britischer Ornithologe findet den Grund: den massenhaften Einsatz von Dichlordiphenyltrichlorethan (DDT). Das Pestizid reichert sich am Ende der Nahrungskette an – bei Mensch und Tier. Als Vogel- und Fischfresser trifft es besonders die Greifvögel. Beim Wanderfalken bewirkt DDT neben anderen giftigen Chemikalien auch die Schädigung des Kalkstoffwechsels. Dünnschalige Eier zerbrechen bei der Bebrütung. Mit fatalen Folgen: 1973 gilt der Wanderfalke auf dem Gebiet der DDR als ausgestorben. Auch die Quecksilberbeize, die Saatgut vor Pilzen schützen soll, hat tödliche Folgen für Greifvögel. Die Saat landet in den Mägen ihrer Beutetiere. Schließlich steht der Seeadler, der majestätische Vogel mit dem gelben Schnabel und bis zu 2,50 Meter weiten Schwingen, dadurch kurz vor dem Aussterben. Einwände gegen DDT-Einsatz oder Quecksilberbeize sind heikel und meist vergeblich. DDT, 1974 eigentlich international verboten, wird in der DDR zur Bekämpfung von Massenbefall der Wälder durch Raupen des Nonnenschmetterlings bis in die 1980er-Jahre noch wiederholt ausgebracht. Immerhin setzt sich eine andere Form des konkreten Schutzes in den Staatsforsten durch: In den Brutrevieren bedrohter Vogelarten entstehen Horstschutzzonen mit Betretungsverbot in der Brutzeit. Durch den strikten Nestschutz und das Ende des DDT-Einsatzes erholen sich die Bestände von Seeadlern und anderen Greifvögeln ab den 1980er-Jahren. Die Wanderfalken kehren erst durch Wiederansiedlungsprojekte ab den 1990er-Jahren zurück.

Brisante Pflanzenbetrachtung

Selbst die Beschäftigung mit Orchideen kann eine politische Dimension entwickeln. Botanisches Interesse wird gemeinhin als eine eher harmlose Freizeitbeschäftigung wahrgenommen. Aber die Mitglieder des in den 1960er-Jahren im Kulturbund eingerichteten Zentralen Fachausschusses Botanik entwickeln sich zunehmend zu ehrenamtlichen Chronistinnen und Chronisten der negativen Auswirkungen der Agrarindustrialisierung. Sie dokumentieren den Zusammenhang zwischen Intensivierung der Landwirtschaft durch Trockenlegungen, Grünlandumbruch, Überdüngung und dem Einsatz von Agrochemie. In der Tschechoslowakei tagt 1970 eine internationale Konferenz der IUCN (International Union for Conservation of Nature) zu Florenschutz und Florenwandel. Von dort bringt der DDR-Spezialist für Orchideen, Norbert Wieśniewski, die Idee der Roten Listen mit. Sie sollen nicht nur als Inventar bedrohter Arten, sondern auch als Weckruf dienen.

i Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN)

Das 1953 gegründete ILN mit Sitz in Halle war die zentrale wissenschaftliche Naturschutzeinrichtung der DDR. Als staatliches Forschungsinstitut und Beratungseinrichtung für alle Bereiche des Naturschutzes inklusive der Fragen von Planung und Gestaltung war es zudem eine wichtige Anlauf- und Koordinierungsstelle für den ehrenamtlichen Naturschutz.

Aufbruchstimmung macht sich breit: Kann Botanik etwas in Bewegung setzen und auch auf politischer Ebene Veränderungen der Landnutzung anstoßen? Angeleitet von verschiedenen Universitätsinstituten erheben Arbeitsgemeinschaften ehrenamtlicher Botanikerinnen und Botaniker Daten zur Situation verschiedener Pflanzenarten und liefern die Grundlagen für Verbreitungskartenserien. Eine Übersicht über die „gefährdeten Pflanzengesellschaften der DDR“, die unter dem Dach des Kulturbundes entsteht, stellt auch die „sozialistische Intensivierung“ infrage. Die Schrift kann erst nach einer Zensurschleife in „kleiner Auflage, auf schlechtestem Papier (Toilettenpapier) 1985 erscheinen“, so Michael Succow – und löst „viele Diskussionen“ aus. Einer der beteiligten Wissenschaftler, Hans Dieter Knapp, erinnert sich: „Wir wunderten uns, wie schnell man mit einer so harmlosen Beschäftigung wie Pflanzenbetrachtung in politische Bedrängnis geraten konnte.“



Erholungslandschaft oder Nationalpark? Urlaubsdörfer der Gewerkschaft an der Müritz, 1962

Nationalparkideen in der DDR

Als die Volkskammer der DDR 1954 ein neues Naturschutzgesetz verabschiedet, sind dort Naturschutzgebiete und Naturschutzdenkmale, Landschaftsschutzgebiete und Flächen-denkmale genannt. Das international bekannteste Format eines Großschutzgebietes aber fehlt: der Nationalpark.

Als leuchtende Modelle gelten gemeinhin die großen Nationalparks der USA, die sich durch Weitläufigkeit und „Wildnis“ auszeichnen. Dafür scheint aber in der DDR kein Platz, und dennoch werden in den 1950er-Jahren Ideen laut, einen eigenen Nationalparktypus ins DDR-Naturschutzgesetz aufzunehmen. Auch der Publizist Reimar Gilsenbach, bereits früh einer der kreativsten Köpfe des DDR-Natur- und Umweltschutzes, speist sie hartnäckig in öffentliche Debatten ein – allerdings vergeblich. Der Verdacht steht im Raum, dass die Regierung den Naturschutz in der Fläche kleinhalten will. Bis 1990 ein geradezu utopisches Konzept für Großschutzgebiete für politische Furore sorgt. Das Nationalparkprogramm mit umfangreichen Plänen für die Unterschutzstellung von 14 Großgebieten wird in

der letzten Sitzung des frei gewählten Ministerrats der DDR unter recht dramatischen Bedingungen gerade noch verabschiedet – und bald darauf realisiert.

Die Initiative Müritz beispielsweise

In der DDR gibt es viele schutz- und nationalparkwürdige Gebiete mit eindrücklicher und repräsentativer Natur wie die Sächsische Schweiz, den Hochharz oder den Darß. Schon 1958 schlägt eine Gruppe um Kurt Kretschmann einen Seen-Nationalpark vor, der die Müritz und alle großen benachbarten Wasserflächen umfassen soll. Der Plan kollidiert jedoch mit der staatlichen Vorgabe, in der DDR großmaßstäbliche Erholungseinrichtungen

zu schaffen. Gleichzeitig nutzten Machthaber von jeher ihre Privilegien, um für sich Exklusivrechte bei der Nutzung unberührter Landschaften zu beanspruchen. So lassen sich auch Mitglieder der Führung der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) für ihren Gebrauch Staatsjagden im größten Naturschutzgebiet der DDR, an der Ostseite der Müritz, einrichten. Militärische Flächen sind ebenfalls streng abgeriegelt. Es gibt zwar einzelne Landschafts-, Wald- und Naturschutzgebiete, aber eben kein Großschutzgebiet. Doch der Umbruch im Herbst 1989 spült die ursprüngliche Nationalparkidee mit Wucht wieder nach oben. Es beginnt mit öffentlichen Protesten gegen die Staatsjagdgebiete. Diese Form der Flächenaneignungen durch SED-Funktionäre wird nun laut und kritisch hinterfragt. Am 26. November 1989 kommt es zu einem spektakulären Protestspaziergang, bei dem mehr als 200 Bürgerinnen und Bürger den Jagdsitz des Vorsitzenden des Ministerrates, Willi Stoph, „in Augenschein nehmen“ wollen. Dieser Gang zum Specker Horst entwickelt sich zu einer Demonstration gegen Machtmissbrauch und elitäre Abschottung. Die zivilgesellschaftliche Bewegung will die Naturareale öffnen und schützen. Sie kann auch auf ein Programm zurückgreifen, das ein Kreis von Botanik-Fachleuten um Lebrecht Jeschke, Michael Succow und Hans Dieter Knapp 1976 zur Einrichtung eines Systems von Großschutzgebieten für die DDR entworfen hat.

Die Idee eines Nationalparks ist keine Utopie mehr, sondern eine reelle Möglichkeit. Das ist in dieser Zeit kein Einzelfall. Die Müritz-Initiative trifft auf andere lokale Ideen für große Schutzgebiete. Daten über die Schutzwürdigkeit vieler Naturräume liegen dank der ehrenamtlichen Arbeit von Frauen und Männern vor, die sie bereits in floristischer und faunistischer Hinsicht erfasst und erforscht haben. Nicht zuletzt auf Basis der langjährigen Beobachtungen und Datensammlungen

können nun auch ökologisch relevante Ansprüche angemeldet werden. Die Initiative an der Müritz, die 1989 aus den politischen Veränderungen entsteht, ist für den Biologen Hans Dieter Knapp „sicherlich der erste konkrete Anstoß“ für das Nationalparkprogramm, einen Clou der DDR-Umweltgeschichte.

Von einer Idee zum Programm

Bereits in der ersten Dienstberatung des neu geschaffenen Bereichs für „Ressourcenschutz und Landnutzungsplanung“ im Umweltministerium der DDR unter der Leitung von Michael Succow wird im Januar 1990 ein „Nationalparkprogramm“ diskutiert. Aufbaustäbe entstehen, konkrete Planungen beginnen. Die politischen Ereignisse überschlagen sich, nach wenigen Monaten zeichnet sich die Wiedervereinigung ab. Bis heute erinnern sich die Beteiligten an hektische, atemlose und euphorische Diskussionen, an Austauschtreffen mit Fachleuten aus Westdeutschland, an Flächenerfassungen und juristische Entwürfe. Auch die Bürgerinitiative, die sich an der Müritz für einen Nationalpark einsetzt, ist an dem rasanten Prozess maßgeblich beteiligt. Dessen Aufbaustab hat zwei der jungen Umweltaktivisten aus Schwerin an der Spitze, Jörg Mothes und Ulrich Messner. Hier entfaltet die oppositionelle Umweltbewegung gemeinschaftlich mit Akteurinnen und Akteuren aus dem Naturschutz und den Fachleuten des Umweltministeriums eine erstaunliche Dynamik zugunsten eines zukünftigen Nationalparks. Dabei kann sie auf bestehende Ideen und Netzwerke zurückgreifen, wie Mothes bemerkt, denn das „wäre alles nicht gegangen, wenn nicht diese Vorgeschichten da gewesen wären“. Schließlich wird die Schutzgebietsordnung im September 1990 beschlossen und läutet damit eine neue Phase von Nationalparkgründungen auch in Westdeutschland ein.



Protestmarsch zum Specker Horst am 26. November 1989: ein Nationalpark für alle statt ein Sonderjagdgebiet für wenige



Das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg

Seit seiner Gründung 1927 widmet sich *Das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg* der Frage, wie Theologie und Naturwissenschaften in Einklang gebracht werden können. 1975 übernimmt der Theologe Peter Gensichen (1943 bis 2019) die Leitung des Hauses. Es ist das Jahr der Versammlung des Weltrats der Kirchen in Nairobi, die „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ thematisch miteinander verknüpft. Unter Gensichen widmet sich das Forschungsheim vermehrt ökologischen Fragen und entwickelt sich zu einem wichtigen Zentrum und Impulsgeber der unabhängigen kirchlichen Umweltgruppen der DDR.

Bereits 1976 bietet das *Kirchliche Forschungsheim* die erste Weiterbildung für Pfarrerinnen und Pfarrer zum Thema Umwelt an. Ab 1981 finden hier Treffen der Vertreterinnen und Vertreter von Umweltgruppen aus dem ganzen Land statt. Der Ansatz, ökologische Fragen mit christlich-ethischen Überlegungen zu verbinden, gibt den Gruppen die Legitimation, sich unter dem Schutz der Kirche zu organisieren.

Das Forschungsheim hat nur wenige Beschäftigte, doch ab 1977 gründet sich unter seinem Dach eine Vielzahl von Arbeitskreisen. Hier werden Umweltdaten ermittelt, geprüft und kommuniziert. Mitglieder der Arbeitskreise sprechen auf Kirchentagen und entwickeln öffentlichkeitswirksame Aktionen. Ab 1980 veröffent-

licht das Forschungsheim das Periodikum *Briefe: Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde* sowie eine Vielzahl von Überblicksdarstellungen und Studien.

Zwar widmet sich das Forschungsheim zunehmend brisanten ökologischen Fragen, aber es bemüht sich immer, den Bereich der Legalität nicht zu verlassen. Die Staatssicherheit eröffnet dennoch einen Operativen Vorgang. „Es war nicht gerade karriereförderlich, da zu arbeiten“, erinnert sich die Naturwissenschaftlerin Rosemarie Benndorf. Sich im Forschungsheim einzubringen, stellen sie und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter aber nicht infrage. Denn „entweder verklemmen wir uns jetzt im Leben, oder wir machen es so verantwortungsvoll, wie wir uns trauen“, ist ihre Devise.

„In diese Richtung konnte man nicht länger weitergehen“

Rosemarie Benndorf zieht 1973 nach Halle. „Unüber- riechbar“ ist hier das Umweltproblem, das im Chemie- dreieck herrscht. Als Meteorologin kommt sie an Daten zur Luftverschmutzung, sie liest den Bericht des *Club of Rome* zur *Lage der Menschheit: Die Grenzen des Wachstums*. Sie ist erschrocken und weiß zunächst nicht, wohin mit ihren Gedanken über die Umweltprobleme, derer sie mehr und mehr gewahr wird. Dann trifft Rose- marie Benndorf auf Peter Gensichen, der die Studie- rendengemeinde besucht, um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für eine Arbeitsgruppe des Forschungsheims zu gewinnen. Keine Frage: Sie ist dabei. „Da war ich richtig erleichtert, dass ich endlich mal meine Sorgen abladen konnte und überlegen, was kann man überhaupt machen.“

In einem interdisziplinären Arbeitskreis – von Psy- chologie, Biologie, Physik bis Theologie – schreiben die Forschenden zusammen *Die Erde ist zu retten. Um- weltkrise, christlicher Glaube, Handlungsmöglichkeiten*. Das Heft setzt sich mit dem Problem menschlichen Tuns und dessen Folgen für die Umwelt auseinander und listet konkret Aktivitäten auf, die von Einzelnen, Gruppen und Staat nötig wären, um diese Folgen abzumildern. Als Beispiele ziehen die Autorinnen und Autoren den Einsatz von DDT ebenso heran wie den Bau des Assuanstaudammes oder das Artensterben. Sie stellen Wachstumsideologie und Wohlstands- denken zur Diskussion – ob in kapitalistischen oder sozialistischen Industriestaaten. Die Gruppe kann sich



Die Veröffentlichung der Arbeitsgruppe verbindet wissenschaftliche Infor- mationen mit ethischen Überlegungen und Ideen zu alternativen Handlungsweisen.

nur in großen Zeitabständen treffen, ringt um eine Sprache jenseits der Fachjargons – es dauert. Doch am Ende halten die Mitglieder ein Werk in Händen, das in den kommenden Jahren viele Menschen inspiriert. Wie die Stasi in ihren Akten bemerkt, spiegeln sich Informationen und Argumentationen aus der Schrift in manch einer Eingabe wider.

„Was machen wir jetzt?“

Neben der Veröffentlichung stellt sich die Gruppe die Frage, wie sie weitere Kreise der Bevölkerung anspre- chen kann. Das Ergebnis: die Ausstellung *Mensch und natürliche Umwelt*. Ab 1979 ist sie in Kirchen zu sehen, die touristisch interessant sind, um auch Menschen jenseits der Gemeindegemeinschaft zu erreichen. 1980 gibt sie – gemeinsam mit einem Vortrag von Peter Gensi- chen – den Anstoß für die Gründung des *Ökologischen Arbeitskreises der Dresdner Kirchenbezirke*.

Auch mit anderen Aktionen suchen die Umweltakteu- rinnen und -akteure des Forschungsheims Menschen für ihr Anliegen zu gewinnen. Mit Erfolg: Rund um den Umwelttag der Vereinten Nationen am 5. Juni veranstal- ten sie ab 1981 gemeinsam mit örtlichen Umwelt- und Jugendgruppen das Umweltwochenende *Mobil ohne Auto*. Die Radtouren, Informationsveranstaltungen und Gottesdienste sind landesweit gut besucht.

Mobil ohne Auto – gemessen an der Autodichte der DDR klingt eine solche Aktion zunächst erstaunlich. Doch sie entspricht dem konsumkritischen Ansatz des Forschungsheimes, das immer wieder die Verantwor- tung des eigenen Tuns thematisiert und Verzicht als eine ökologisch wie ethisch sinnvolle Handlungsoption begreift, ob mit *Mobil ohne Auto* oder Fastenmottos wie *Sechs Wochen ohne Fleisch*. Auf dem Kirchentag in Magdeburg 1983, erinnert sich Rosemarie Benndorf, lässt diese Kritik am Konsumverhalten in der DDR die Gäste aus Westdeutschland irritiert den Kopf schütteln. Doch sie ist heute noch überzeugt davon: „Wir hatten schon zu viel.“

Bis Mitte der 1980er-Jahre spielt das Forschungsheim für Weiterbildung und Vernetzung von Umweltakteu- rinnen und -akteuren eine zentrale Rolle. Doch in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts entstehen Gruppen, die zwar auch unter dem Schutz der Kirche agieren, den Staat aber offen herausfordern wollen. Ihr Lebens- entwurf ist ein anderer. Das Spektrum des Protestes erweitert sich.

Kurz und knapp

Samisdat: die Macht des gedruckten Wortes

Der Begriff Samisdat stammt aus dem Russischen. Übertragen bedeutet er „Selbstverlag“. Es sind Publikationen, die ohne Verlagsbeteiligung mit eigener Technik gedruckt werden. Eine Anordnung von 1959 erlaubt es den Kirchen in der DDR, ohne weitere staatliche Genehmigung Schriften für den „internen Dienstgebrauch“ zu vervielfältigen. Mit dem Aufdruck „Nur für den innerkirchlichen (Dienst-)Gebrauch“ versehene Samisdat-Werke bewegen sich so formal im legalen Rahmen. Diese Möglichkeit nutzen die Akteurinnen und Akteure unterschiedlichster oppositioneller Gruppen rege.

Gedruckt wird auf Wachsmatrizen oder im Ormig-Verfahren. Da bei Letzterem die Materialien leichter zu beschaffen sind, nutzen es vor allem kleinere Gruppen. Die Vervielfältigung riecht nach Farbe und Ethanol. „Meine Frau sprach immer von der spiritusgeschwängerten DDR“, erinnert sich Walter Christian Steinbach vom Christlichen Umweltseminar Rötha.



Ergebnis investigativer Recherchen: die *Pechblende* 1988



Samisdat heißt auch: Seite um Seite Matrizen schreiben, wie hier Uta Ihlow in der *Umweltbibliothek*

Das *Kirchliche Forschungsheim Wittenberg* bringt bereits seit 1980 die regelmäßig erscheinenden *Briefe: Zur Orientierung im Konflikt Mensch – Erde* heraus. Daneben publiziert es auch eine Reihe von umfangreicheren Schriften und Studien, wie 1986 *Nicht das letzte Wort* von Joachim Krause, eine Schrift zur Atomenergie, und 1988 die *Pechblende. Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen* von Michael Beleites. Die *Pechblende* enthüllt das Staatsgeheimnis rund um den Uranabbau des VEB Wismut und entwickelt sich zu einem zentralen Werk der späten DDR-Umweltbewegung.

Auch viele Umweltgruppen bringen regelmäßig erscheinende Schriften heraus. Die Autorinnen und Autoren berichten über lokale und grenzüberschreitende Umweltprobleme, geben praktische Tipps zum umweltbewussten Handeln und informieren über Veranstaltungen oder Eingabeverfahren. Handgezeichnete Illustrationen oder Karikaturen ergänzen die Texte. Den Anfang macht 1981 die Leipziger *Arbeitsgruppe Umwelt* mit ihrem Informationsblatt *Streiflichter*. Viele andere folgen, sei es der *Aufbruch* des Ökumenischen Friedenskreises der Region Forst/Lausitz, die *Anstöße* der *Umweltgruppen der Evangelischen Studentengemeinden der DDR* oder die *Umweltblätter* der Berliner *Umweltbibliothek*. Diese erhielten 1989 mit einer Auflage von 4.000 Ausgaben eine bedeutende Reichweite. Und wie bei allen Schriften war ihr Verbreitungsradius noch deutlich größer. Denn die Druckexemplare werden verliehen, weitergegeben und handkopiert.



Die Schweriner Baumpflanzaktionen

Ende der 1970er-Jahre ist es weit über die betroffenen Regionen hinaus bekannt: das Baumsterben im Erzgebirge. Im fernen Schwerin wollen drei Jugendliche, die sich aus der evangelischen Jugendarbeit kennen, dem mit praktischer Umweltarbeit etwas entgegensetzen. 1978 entwickeln Jörn Mothes, Nikolaus Voss und Olaf Naasner den Plan einer Baumpflanzaktion. Ein Jahr später setzten sie ihn in die Tat um.

Über 50 Jugendliche aus allen Teilen der DDR kommen 1979 nach Schwerin, um rund 5.000 Bäume und Sträucher entlang einer Straßenbahnlinie zu pflanzen. Eingebettet wird die Aktion in ein Umwelt-

Zuführung

Die Zuführung von Personen galt der Feststellung von Personalien sowie „zur Klärung eines Sachverhaltes“. Zugeführte Personen durften nicht länger als 24 Stunden festgehalten werden. Im härtesten – und mit Blick auf die Umweltbewegung eher seltenen – Fall konnte es zur Inhaftierung kommen. Die Staatssicherheitsbehörde setzte Zuführungen aber auch taktisch ein, zur Einschüchterung oder zum Ausüben von Druck, um Menschen zur informellen Mitarbeit zu bewegen.

wochenende mit Vortrag, Pflanztag und Gottesdienst. Den Pflanzungen im Herbst folgt ein Umweltseminar im Winter, für die DDR das erste dieser Art. Mit Diskussionen, Vorträgen und naturkundlichen Exkursionen bietet es Raum zum Lernen und Vernetzen. Das Format behalten die Akteurinnen und Akteure auch in den kommenden Jahren bei. Sie schaffen damit ein wichtiges Forum der DDR-Umweltbewegung der frühen 1980er-Jahre.

Wegen des Ansatzes, „den Stillstand zu überwinden, indem man etwas Positives macht“, zählt Christian Halbrock, Mitbegründer der *Umweltbibliothek* in Berlin, die Baumpflanzinitiative der Schweriner zu den erinnerungswürdigsten Aktionen der DDR-Umweltbewegung.

„Wir waren sehr sichtbar und sehr fröhlich“

„Bäume pflanzen ist eine relativ einfache, aber wirkungsvolle und vor allem auch psychologisch gute Angelegenheit“, fasst Jörn Mothes die Motivation für die Schweriner Baumpflanzaktionen zusammen. Nachdem der Plan steht, finden sich auch die Bäume schnell: Olaf Naasner ist Gartenbaulehrling, der Direktor seines Betriebs den jungen Menschen und ihrer Idee wohlgesinnt. Die Jugendlichen organisieren ihre Baumpflanzungen als Beitrag zum Subbotnik, dies ermöglicht ihnen als Gruppe das Agieren im öffentlichen Raum. Zudem greifen sie auf eine bekannte Praxis im Umweltschutz zurück: Bäume pflanzen. Wer kann also etwas gegen ihre Aktion zum Wohle der Allgemeinheit sagen? Unter den ersten Pflanzenden finden sich Schulkameradinnen und -kameraden der Initiatoren und Jugendliche aus nicht kirchlichen Kreisen. „Das war eine spannende Sache für uns, dass wir so eine Öffnung hinbekommen haben.“ Drei Jahre können sie ihre Pflanzungen so durchführen, dann geraten sie in den Fokus der Staatssicherheit. „Wir hatten nicht übersehen, was die Westmedien für Folgen hatten.“ Denn nicht zuletzt durch einen Artikel im *Spiegel* über die kirchliche Umweltbewegung in der DDR ist nicht mehr zu leugnen, dass es für die Akteurinnen und Akteure nicht nur um Bäume geht, sondern auch um die gesamte Umweltsituation der DDR – und dass sie mit ihrem Anliegen die Öffentlichkeit suchen. Dem Betriebsdirektor untersagen die Behörden sofort, die Aktion weiter durchzuführen, werfen ihm Unterstützung „feindlich-negativer Kräfte“ vor. Für einige der Jugendlichen werden Vorgänge bei der Stasi eröffnet. Doch die Umweltakteurinnen und -akteure pflanzen weiter – an anderen Orten, auf Kirchenland oder mit Revierförstern, die sie bei Pflanzungen integrieren. Auch die Seminare

Subbotnik

Der Begriff ist dem Russischen – Subbota/Samstag – entlehnt und bezeichnete in der Sowjetunion und später auch in der DDR einen unbezahlten kollektiven Arbeitseinsatz zugunsten des Allgemeinwohls am Samstag. Offiziell handelte es sich um eine freiwillige Beteiligung, realiter aber konnte sich eine Teilnahme bei der Vergabe von Wohnungen oder Stellen positiv auswirken.

im Winter finden weiterhin statt. Aus ökologischer Sicht könne man manche Aufforstung auch kritisch sehen, so Jörn Mothes, damals aber sind die Pflanzaktionen ein wichtiger Impuls: „Das ist dann zu so einer richtigen Bewegung geworden.“

„Wir waren unglaublich viel unterwegs“

Die Schweriner Umweltakteurinnen und -akteure beschränken sich mit ihren Aktionen nicht auf Pflanzungen. Als sie darauf aufmerksam werden, dass eine Autobahn von Schwerin nach Wismar durch ein Schutzgebiet gebaut werden soll, dokumentieren sie die Bauarbeiten und organisieren Protest. In den Stasi-Akten sei von 600 Eingaben allein in einem Monat die Rede, so Jörn Mothes. Die Gruppe lädt zu Radsternfahrten. Kleinere gelingen, eine größere unterbindet die Staatssicherheit: Sie lässt am geplanten Aktionstag die Gepäckanhänger von den Zügen nach Schwerin abkoppeln und kappt damit die Möglichkeit, mit dem Rad anzureisen. Jörn Mothes selbst wird „zugeführt“, damit er die Veranstaltung absagt. Die Bauarbeiten kommen dennoch zum Stillstand – zumindest bis 1990. Für Jörn Mothes auch ein Erfolg der Proteste.

Ein wichtiger Informationsknotenpunkt für die Akteurinnen und Akteure ist ab Mitte der 1980er-Jahre die Berliner *Umweltbibliothek*. Ein Stopp bei ihr gehört, so Jörn Mothes, zu jeder Fahrt durch die DDR. Die Umweltakteurinnen und -akteure dort gelten als besonders politisch und aktionsaffin. Doch die Schweriner seien durchaus selbstbewusst aufgetreten, „in dem Sinne, dass wir gesagt haben, wir sind die ‚wahren‘ Naturschützer, weil wir gehen auch noch ornithologisieren und botanisieren“. Manche der Rivalitäten, so erfährt er später aus Stasi-Unterlagen, schürt das Ministerium für Staatssicherheit gezielt, um die Bewegung zu schwächen.

Die Schweriner Akteurinnen und Akteure engagieren sich gemeinsam mit Natur- und Umweltschützerinnen und -schützern aus kirchlichen Kreisen und dem Kulturbund, sie haben Verbündete im Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz ILN, die ihnen Informationen weitergeben. Und „das sind eigentlich die aufregenden Geschichten, wo Kommunikation, gegenseitiges Vertrauen, Lust zu Aktivität, wo alles so zusammenkam“.



Die Arbeitsgruppe Umwelt Leipzig

Die Arbeitsgruppe Umwelt (AGU) Leipzig gründet sich im November 1981 unter dem Dach des evangelischen Stadtjugendpfarramts Leipzig. Die Umweltakteurinnen und -akteure wollen das alltägliche, individuelle Umwelthandeln fördern, über die Umweltsituation aufklären – und sie versuchen zu erreichen, dass Staat und Betriebe die Umweltgesetze einhalten.

Schon in ihrem Gründungsjahr bringt die *Arbeitsgruppe Umwelt* mit den *Streiflichtern* ein Informationsblatt im Samisdat heraus. Hier berichten Akteurinnen und Akteure von Umweltaktionen und geben Umwelttipps. Über rechtliche Hinweise, Adressen und Erfahrungsberichte wollen die Autorinnen und Autoren die Leserschaft motivieren, das Instrument der Eingabe zu nutzen. Die *Arbeitsgruppe Umwelt* sucht den Dialog mit staatlichen Stellen und Verantwortlichen, und das so öffentlich wie möglich. Da die Diskussionen jedoch meist im geschlossenen Kreis stattfinden, sollen Gedächtnisprotokolle in den *Streiflichtern* der Leserschaft zumindest einen Einblick in die Gespräche geben. Die

Autorinnen und Autoren nutzen das Blatt aber auch zur eigenen Informationsbeschaffung. So rufen sie im Frühjahr 1988 Leserinnen und Leser auf, ihnen Umweltprobleme zu nennen, um eine interne Datenbank anzulegen.

Bei all ihren Aktivitäten, von Eingaben bis Umweltveranstaltungen, setzt die *Arbeitsgruppe Umwelt* auf legale Mittel und Wege. Mitte der 1980er-Jahre kommt es darüber zu internen Debatten. Mitglieder, die ökologische Verbesserungen enger mit politischen Reformen verknüpfen wollen und radikalere Protestformen notwendig finden, gründen 1987 schließlich die *Initiativgruppe Leben (IGL)*. Trotz der Differenzen

organisieren Mitglieder beider Gruppen 1988 und 1989 gemeinsam die Pleiße-Gedenkmärsche.

Die *Arbeitsgruppe Umwelt* ist gut vernetzt. Sie steht in Kontakt mit Friedensgruppen und anderen Umweltakteurinnen und -akteuren wie dem *Christlichen Umweltseminar Rötha*. Ein Forum für Austausch und Informationen bietet ab 1988 auch ihre in Leipzig eröffnete Umweltbibliothek. Im Herbst 1989 gründen Akteurinnen und Akteure der *Arbeitsgruppe Umwelt* zusammen mit Mitgliedern des Kulturbundes und der Kirche den *Ökolöwen – Umweltbund Leipzig*, der noch heute als Verein aktiv ist.

„Wir haben es gemacht, weil wir es wichtig und richtig fanden, nicht, weil wir den kurzfristigen Erfolg gesucht haben.“

Gisela Kallenbach und Ralf Elsässer sind nahezu von Beginn an in der *Arbeitsgruppe Umwelt Leipzig* engagiert. Umweltschutz fängt für sie bei jedem ganz persönlich an. Weniger Chemie im Haushalt, das Bier nicht mehr unter laufendem Wasser kühlen. Probleme wahrnehmen, sich mit den Fakten auseinandersetzen und schauen, was sich praktisch machen lässt: „Heute würde man sagen, es waren Vorläufer von Bildung für nachhaltige Entwicklung“, beschreibt Ralf Elsässer ihren Ansatz. Als Ingenieur interessiert er sich schon in den 1980er-Jahren für ökologisches Bauen.

Zusammen mit Akteurinnen und Akteuren aus dem Kulturbund zählen sie die Bäume der Stadt. Mit anderen Mitgliedern der Umweltgruppe werben sie fürs Radfahren und organisieren für Leipzig die Veranstaltung *Mobil ohne Auto* rund um den Umwelttag der Vereinten Nationen am 5. Juni. Das Engagement mit ihrer Arbeitsgruppe für *Eine Mark für Espenhain* 1988 versteht sich fast von selbst. Zu greifbar und folgenreicher sind die Verschmutzungen, die von der Braunkohleschwelerei ausgehen.

„Die Umweltgesetzgebung der DDR war nicht die schlechteste im Vergleich im internationalen Maßstab, nur gab es eben Tausende Ausnahmeregelungen, und sie wurde nicht eingehalten“, so Gisela Kallenbach. Daher heißt für sie ein Mittel der Wahl: Eingaben schreiben und andere zu Eingaben ermutigen. Sie will „diesen Staat durch seine Institutionen zwingen, dass sie ihre Gesetze einhalten.“ Von illegalen Aktionen nimmt sie

Abstand. Das Risiko will sie als Mutter von drei Kindern nicht eingehen. „Das war kreuzgefährlich.“ Auch mit dem Fotografieren ist sie bei ihren Aktionen zurückhaltend. Dennoch motiviert Gisela Kallenbach 1983 einen Kollegen, zusammen in ihrem Institut zum Weltumwelttag eine Wandzeitung zu gestalten. Mit Daten des *Kirchlichen Forschungsheims Wittenberg* vergleichen sie die Sonnenstunden von Leipzig und Rügen, thematisieren den Zustand der Gewässer, berichten über Abwassereinleitungen – und stellen die Frage, was die Gesellschaft und jeder Einzelne tun könnten. „Dann gab es einen großen Aufstand.“

Sie und ihr Kollege müssen Rede und Antwort stehen. Wie sie später aus ihren Stasi-Unterlagen erfährt, ist das der Beginn ihrer Operativen Personenkontrolle. Man wusste, dass so etwas passieren konnte, merkt sie heute an, doch „naiv, wie ich war, war ich der Meinung, dass das mein gutes Recht ist und dass man mir nicht an den Kragen kann“.

Dabei habe man den Umweltschutz nie isoliert gesehen, so Gisela Kallenbach, „weil es natürlich auch viel mit Gerechtigkeit und Frieden zu tun hat“. Sie gestaltet daher auch Friedensgebete, Ralf Elsässer ist 1988/89 Vertreter der Umweltgruppen beim Netzwerk der Ökologie- und Menschenrechtsgruppen in der DDR *Frieden konkret*.

Was der größte Erfolg der DDR-Umweltbewegung gewesen sei? Dazu beigetragen zu haben, dass die friedliche Revolution gelingen konnte und Umwelt einen höheren Stellenwert habe, meint Gisela Kallenbach. Dass sie mit anderen Bewegungen zusammen Strukturen geschaffen habe, die eine gewaltfreie Revolution ermöglichten, sieht auch Ralf Elsässer als wichtig an. Doch der größte Erfolg der DDR-Umweltbewegung ist für ihn schlicht: „Dass es sie gab.“



Gisela Kallenbach bei den ersten freien Wahlen 1990



Schreiben für die Umwelt

Die Umweltproblematik in der DDR verschärft sich im Laufe der 1970er-Jahre und ist in weiten Teilen der DDR deutlich sichtbar und leibhaftig zu spüren. Die Behörden dokumentieren zwar die Beeinträchtigungen, und in Städten und Bezirken sammeln sich Daten zur Lage der Gewässer-, Boden- und Luftgüte, die auch die problematischen Belastungen der Umwelt abbilden. Diese Ergebnisse aber werden zunehmend als brisant und gefährlich eingestuft.

1982 erlässt das Präsidium des Ministerrates der DDR zwei Anordnungen, die Umweltdaten unter Verschluss stellen und zur Geheimsache machen. Das Reden und Schreiben über diese Daten und Sachlagen wird so noch schwieriger. Die Geheimhaltungspolitik verstärkt zudem den Widerspruch zwischen offiziellen Darstellungen und ökologischer Wirklichkeit. Um über die Umweltfrage breit aufzuklären, bedarf es eines genau-

en Auslotens des Sagbaren, will man nicht in offenen Konflikt geraten. Der Bedarf an Umweltliteratur wächst indes. Die Nachfrage machen sich eine Biologin und ein Ökochemiker zunutze. Anfang der 1980er-Jahre beginnen Marianne und Ernst Paul Dörfler, an einem Buch zu arbeiten, das es „in der DDR ja gar nicht hätte geben dürfen“.

„Zurück zur Natur?“

1987 erscheint im renommierten staatlichen Verlag Urania ein in Leinen gebundenes und sorgfältig illustriertes Buch mit dem Titel *Zurück zur Natur?* Der Untertitel skizziert ein großes Thema: *Mensch und Umwelt aus ökologischer Sicht*. Die Themen reichen von Artensterben, Gewässer- und Luftverschmutzung, Abfallbergen, Pestizidbelastung, Waldsterben bis zu den Folgen von Massentierhaltung und Agrarindustrialisierung und bieten so eine umfassende Übersicht über das problematische Mensch-Natur-Verhältnis der Moderne. Eingebettet in historische Berichte über die Veränderungen der Naturnutzung und ausgestattet mit Erläuterungen über ökologische Zusammenhänge schildert das Werk die Entstehung aktueller Umweltrisiken und Naturzerstörungen. Es verknüpft Problemdiagnosen mit Lösungsentwürfen und persönlicher Verantwortung. Das Buch ist ein Coup. Die Erstauflage von 15.000 Stück ist innerhalb von drei Tagen verkauft. Kurz darauf erscheinen Lizenzausgaben auch in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland (BRD).

Körpereinsatz statt fossilem Brennstoff

Marianne und Ernst Paul Dörfler agieren nicht in einem größeren Netzwerk. Sie haben einen individuellen Weg gewählt, um die akuten Umweltprobleme in die Öffentlichkeit zu bringen. Beide haben auf naturwissenschaftlichen Feldern promoviert und gearbeitet, sich aber aus staatlichen Strukturen gelöst – eher ein Ausnahmefall in der DDR. Tätigkeiten als freie Wissenschaftsautorinnen und -autoren sind eigentlich nicht vorgesehen. Sie machen es einfach. Und das ist durchaus möglich – die Güter des täglichen Lebens sind in der DDR erschwinglich, die Dörflers versorgen sich aus dem Garten ihres selbst renovierten Bauernhauses in Steckby an der Elbe, ziehen ihre Kinder groß, lesen, sammeln Fakten und schreiben zusammen. Zunächst ist ein Nachschlagewerk mit Umweltwissen geplant, aber das entpuppt sich als naive Idee. Dem Lektor, der das Buch im Verlag „durchschmuggelt“, ist klar, dass es mit validen Daten über die Umweltsituation in der DDR „nicht genehmigungsfähig“ wäre. Also gibt es keine Tabellen und Statistiken, dafür aber Grafiken und Fotografien, die eine Erzählung über die brennenden Fragen der Umweltsituation illustrieren. Die Problemdiagnosen halten sich von apokalyptischen Szenen fern. Der Fokus liegt auf der Bandbreite an möglichen Lösun-

gen und ihrem Zusammenspiel. Technik, internationale Abkommen, individuelle Verantwortlichkeit und Spielräume für Veränderungen sind Bestandteile der Krisenbewältigung: „Sterbende Wälder? Ihr Überleben liegt in unserer Hand.“

Immer wieder wird es in diesem Buch ganz konkret. Denn das Buch will alle erreichen, nicht nur die mit dem Expertenwissen und Fachverstand. Das Fahrrad wird so als „Beispiel für die Eleganz der einfachen Lösung“ gepriesen – fährt man an 200 Tagen im Jahr eine Strecke von fünf Kilometern mit dem Rad statt mit dem Auto, verbraucht das lediglich 1,5 Kilogramm „Körperfett“ statt 100 Liter Benzin inklusive 24 Kilogramm Kohlenmonoxid und 30 Gramm Blei. Die Wahl für die Art der Fortbewegung sei durchaus eine Entscheidung, „die bis in den Wald hineinreicht“. Autorin und Autor müssen ihr Wissen so verpacken, dass es nicht beanstandet, aber vom Publikum doch verstanden wird. Es ist eine andauernde Gratwanderung. Nachdem ihr erster Manuskriptentwurf fertig ist, vergehen drei weitere Jahre bis zur Veröffentlichung. Änderungen werden nötig: Negative Beispiele sollten nicht aus der DDR stammen, die Sowjetunion müsse öfter erwähnt werden. Die Umweltprobleme der DDR übersetzen die beiden folglich als ein Phänomen der modernen Industriegesellschaft und beziehen sich auf Beispiele aus der ganzen Welt. Das Buch trifft einen Nerv. Als der Verlag den Titel ankündigt, liegen umgehend Tausende Bestellungen vor. Die Lesungen von Marianne und Ernst Paul Dörfler, die dem Erscheinen folgen, sind immer wieder ausgebucht und verschaffen den beiden nicht nur ein weitreichendes Kontaktnetz zu anderen Umweltengagierten, sondern auch eine gewisse Sicherheit in ihrer prekären Existenz als Freischaffende, die sich mit brisanten Themen beschäftigen: „Mit dem Erscheinen konnten wir nicht mehr von der Bildfläche verschwinden.“



Protest gegen ein Kernkraftwerk in Stendal

Es ist das Versprechen einer neuen Ära „sauberer“ Energieversorgung jenseits der dreckigen Braunkohle: 1966 geht das erste Kernkraftwerk der DDR in Rheinsberg ans Netz, 1974 folgt ein weiteres bei Greifswald, und 1975 beginnen am Ufer der Elbe die Arbeiten für das gigantische Vorhaben *Kernkraftwerk Stendal*.

Das Dorf Niedergörna wird für die Anlage dem Erdboden gleichgemacht, Tausende Menschen arbeiten auf der Baustelle. Vier Reaktorblöcke mit jeweils 1.000 Megawatt Leistung sollen hier in den nächsten Jahrzehnten entstehen. Kritik an der Energieform oder die Beschäftigung mit den Risiken sind lange kaum Thema in der DDR – auch nicht in Oppositionskreisen. Das ändert sich mit der Reaktorkatastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl im April 1986, die weite Teile Europas radioaktiv kontaminiert. Daten über das Ausmaß des Fallouts sickern bald auch in der DDR durch. Die tiefe Verunsicherung durch die Katastrophe führt zu einer zunehmend kritischen Auseinandersetzung in Friedens- und Umweltgruppen. Einzelne beginnen, auch öffentlich nachzufragen, Stellung zu beziehen und sich zu organisieren. Eine von ihnen ist die Fachärztin für Neurologie und Psychiatrie Erika Drees, die an einer Poliklinik arbeitet.

„Es ist mir sehr ernst!“

Erika Drees (1935 bis 2009), schon seit ihrer Jugend in der evangelischen Kirche aktiv, hat sich im Laufe der 1970er-Jahre zunehmend in der kirchlichen Friedensbewegung engagiert. Von zentraler Bedeutung für die oppositionelle Arbeit Drees' ist der Widerstand gegen Militarisierung, Wettrüsten und Kernenergie. Denn quasi vor ihren Augen entsteht das Kernkraftwerk KKW III Stendal. Zunächst will sie die Problemlage verstehen, um dann konkrete Zeichen zu setzen. Vom atomkritischen Ostberliner Physiker Sebastian Pflugbeil erhält sie Informationen zu Risiken und Gefahren der Technik, Freundinnen und Freunde aus der BRD versorgen sie mit Literatur. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erweitert sie ihr Aktionsfeld. Erika Drees entwickelte sich, zusammen mit Ingrid und Malte Fröhlich, zu einer treibenden Kraft für den Widerstand

gegen das Kernkraftwerk vor Ort. Ihre Gruppe *Energie-wende* lädt zu Infoveranstaltungen und Diskussionen in der Domgemeinde Stendal ein. Im Oktober 1986 bringt Drees persönlich eine Eingabe nach Berlin, gerichtet an Erich Honecker. Gemeinsam mit ihrem Mann hat sie diesen von 30 Menschen unterschriebenen Text verfasst, um Informationen „über die wirklichen Gefahren und Komplikationen der Kernkraftwerke“ zu bekommen und über Alternativen aufzuklären. Ob der Bau noch zu stoppen sei? Erika Drees geht noch weiter. Sie spricht lokale Amtsträger direkt auf die Risiken an, reiht sich auf 1.-Mai-Demonstrationen mit eigenen Protestplakaten ein und organisiert Spaziergänge am Rande der streng gesicherten KKW-Baustelle – stets überwacht von Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit.

Ihre Wohnung und ihr Telefon werden abgehört, sie ist Ziel mehrerer „operativer“ Maßnahmen. Am 26. April 1988, dem zweiten Jahrestag von Tschernobyl, verteilt die Gruppe um Drees auf dem KKW-eigenen Bahnhof Protestpostkarten an die Arbeiter der Großbaustelle. Die klare Forderung: der Stopp des Baus. Erika Drees kennt die Risiken, die sie eingeht. In einem Brief schreibt sie: „Es ist mir sehr ernst und um der Sache willen notwendig.“



Die Gegenstimme: Erika Drees mit einem Anti-KKW-Schild, 1.-Mai-Demonstration 1986

Operativer Vorgang, Operative Personenkontrolle und Zersetzung

Bei einem **Operativen Vorgang** (OV) gingen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatssicherheit Anhaltspunkten nach, die aus Sicht ihrer Behörde auf einen strafrechtlich relevanten Tatbestand hinwiesen. Dem Operativen Vorgang ging meist eine **Operative Personenkontrolle** (OPK) voraus. Die OPK diente zur Überprüfung von Personen und zur Informationsbeschaffung. Sie sollte Hinweisen zu Straftaten und Verdachtsmomenten nachgehen und sogenannte feindlich-negative Haltungen frühzeitig ausmachen und unterbinden. Dies konnte auch Personen treffen, die für Umweltverschmutzungen verantwortlich waren, die zu Protesten geführt hatten. Der OV ermöglichte es, geheimpolizeilich gegen Personen oder Gruppen vorzugehen. Bei den Ermittlungen gegen Personen wurden auch Erkundigungen im privaten und beruflichen Umfeld eingeholt. Zu den ergriffenen Maßnahmen gehörte in extremen Fällen auch die **Zersetzung**, bei der Personen gezielt beruflich und privat diskreditiert wurden oder Gruppen durch Förderung von Rivalitäten geschwächt werden sollten. Im Bereich der Umweltbewegung blieb dies allerdings eher die Ausnahme.

Die Volkspolizei verhaftet sie vorübergehend und vernichtet die Karten. Der Druck auf Erika Drees wächst, ihr Fall beschäftigt Behörden, Stasi und Arbeitgeber. Drees kontert mit Argumenten und Intellekt, verwickelt Gegner in Gespräche und hält unbeirrt an Widerstand, Kritik und Aktion fest. Ihre Biografin Edda Ahrberg beschreibt die damalige Situation: „Die Bemühungen aller ihrer Gegenspieler laufen jedoch mehr oder weniger ins Leere. Erika Drees ist nicht so leicht aufzuhalten, wenn ihr eine Sache am Herzen liegt.“ Ihre Widerstandskraft und ihr ausgeprägter Veränderungswillen machen sie im August 1989 zu einer der Initiatorinnen des Neuen Forums. Die Praxis des zivilen Ungehorsams wird sie später auch im wiedervereinigten Deutschland konsequent anwenden.

In der Umbruchzeit kommen die geheimen Daten zu Unfällen und Sicherheitsmängeln der bestehenden Kernkraftwerke ans Licht. Die Anlagen werden im Zuge der Wiedervereinigung endgültig stillgelegt, die Bauarbeiten in Stendal schließlich gestoppt und die Kühltürme 1999 gesprengt. Der endgültige gesamtdeutsche Ausstieg aus der Technologie erfolgt erst 2022.

Grün für Schwedts graue Fassaden



Stadtökologie in Schwedt

In den 1980er-Jahren entsteht innerhalb der staatlich kontrollierten Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) eine Sparte, die sich kritisch mit ökologischen Problemen im urbanen Raum beschäftigt: die Interessengemeinschaft Stadtökologie.

Unter dem Dach der GNU organisieren sich hier Menschen, deren Anliegen über den traditionellen Natur- und Artenschutz hinausreichen. Örtliche Gruppen wachsen schnell, ihr Anspruch, für konkrete Veränderungen der unmittelbaren Lebens- und Umweltsituation in den Städten zu sorgen, wird bald

deutlich. Zunächst operieren sie eher isoliert. Aber sie suchen den Kontakt untereinander. Wie viele es sind, ist nicht ganz klar – 1987 belaufen sich die offiziellen Zahlen auf mindestens 380 Arbeitsgruppen mit mehreren Tausend Mitgliedern. Eine Gruppe begründet Schwedt, die Ärztin Rotraut Gille hat sie gegründet.

„Es war dringend nötig, etwas zu verändern“

Rotraut Gille stammt aus Ostpreußen und lebt nach 1945 mit ihrer Familie in Brandenburg. Als Kind läuft sie täglich vier Kilometer zur Zentralschule: „Ich sehe heute noch den blauen Himmel und den Lerchenge-sang und die Rebhühner in Massen. Und irgendwie, dieses Jahr mutterseelenallein – das hat mich total ge-prägt bis heute.“ Später studiert sie Medizin, wird Ärztin und organisiert den Blutspendedienst in Schwedt. Die Stadt ist seit 1958 vom Petrolchemischen Kombinat PCK, einer Raffinerie, die sowjetisches Erdöl verarbeitet, und einer Papierfabrik bestimmt. Sie wächst rasch, die neuen Plattenbauten prägen das Stadtbild. „In der Stadt war es dringend nötig, [...] etwas zu verändern.“ Mit ihrem Mann Helmut Gille besucht sie die Fachgruppe Ornithologie des Kulturbundes: „Aber das war mir dann zu wenig und zu einseitig. Und da habe ich beschlossen, eine Fachgruppe Stadtökologie zu gründen.“

Zunächst will sie einfach mehr Natur in die Stadt bringen: „Wir wollten die trostlos grauen Fassaden begrünen, aber es gab keine Kletterpflanzen.“ Die Idee hat nicht nur Freunde. „Das war eigentlich auch ein Thema, waren erst mal alle erschrocken und warfen uns vor, wieso, ob wir die Neubauten nicht schön finden?“ Da es an Pflanzen mangelt, richtet sie mit Gleichgesinnten eine Baumschule auf einer 8.000 Qua-dratmeter großen Fläche ein, um heimische Gehölze und Kletterpflanzen zu ziehen. Ein Mitstreiter pflanzt eine davon an seinen Wohnblock. Das Grün macht sich selbstständig. „Die war nachher so groß, dass er gefragt wurde, ob die Kletterpflanze erst da war und dann das Haus gebaut wurde.“ Vor Gilles Arbeitsstätte, dem Krankenhaus, legt die Gruppe eine Blumenwiese an, die den gemähten Rasen durch Wildwuchs ersetzt. Schon das kann als eine verdächtige Handlung verstanden werden: „Die SED-Kreisleitung kam ja immer zum Mittagessen ins Krankenhaus, und die haben das schon immer mit Argusaugen beäugt. Das passte ihnen nun gar nicht. Wir haben also heimische Wildpflanzen der Trockenrasengesellschaften dort angepflanzt. Und die hatte ich vorher in Töpfen angezogen.“ So findet die Idee der Gruppe, „mehr Natur vor der Haustür“ zu ermöglichen, schnell den Weg in die Stadtgesellschaft, das PCK spendet sogar große Summen für die Baum-schule, die Gruppe darf Ausstellungen zu ökologischen Fragen in den Schaufenstern der Apotheke aufbauen. Das Interesse an der Initiative wächst, immer mehr Menschen machen mit. Ein Apotheker beobachtet

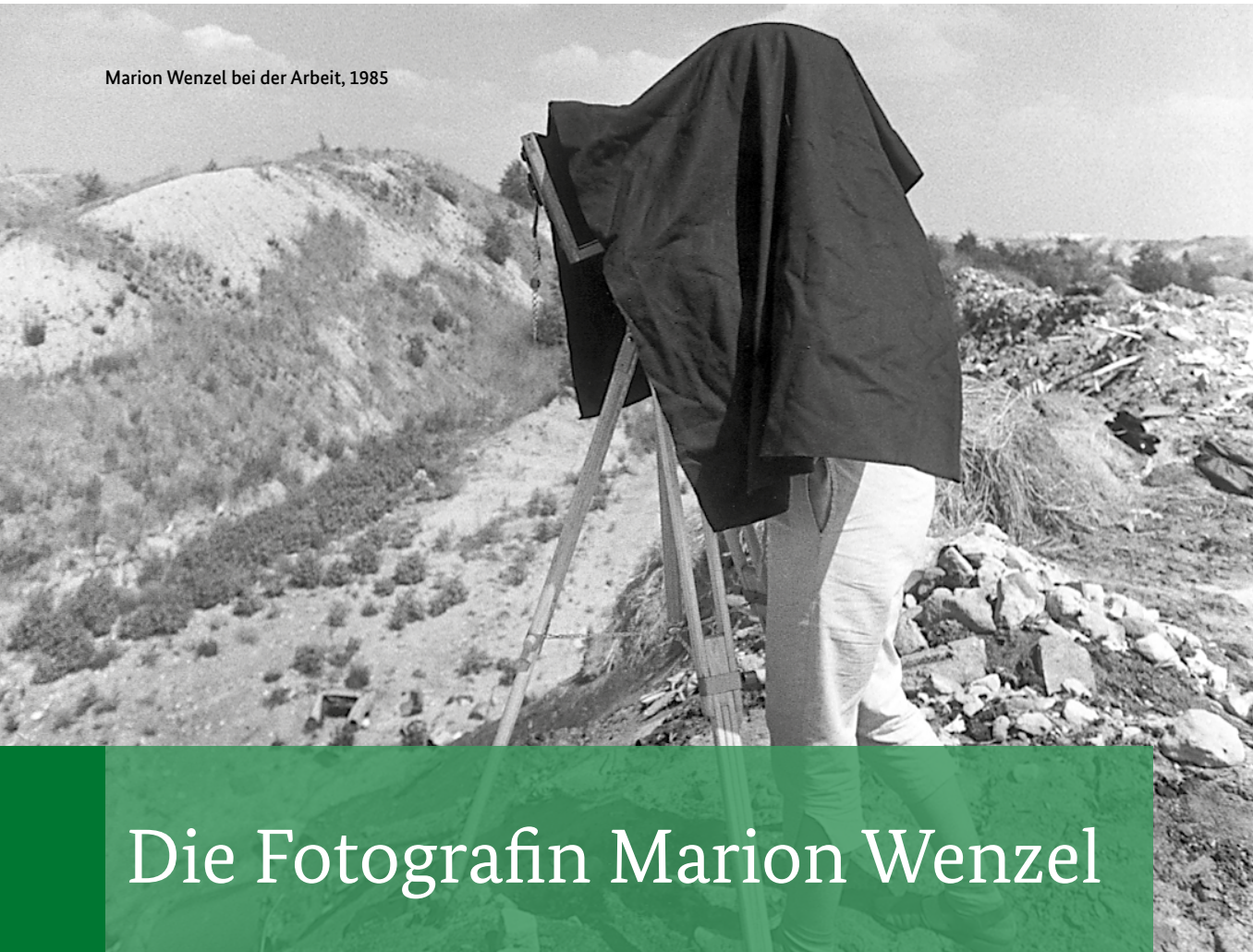
die Aufmerksamkeit: „Der sagte: ‚Manchmal ist es mir richtig unheimlich, wie die Leute stehen bleiben und gucken.‘“

„Dich sperren sie noch mal ein“

Gille kann viele Initiativen anstoßen und umsetzen. Gleichzeitig sträubt sie sich innerlich gegen die „Ge-neralaufsicht“ aller Lebensbereiche: „Ich konnte mich immer nicht so recht anpassen, und deswegen habe ich andere Ideen gehabt.“ Westkontakte verschaffen den Gilles Zugang zu Fachliteratur: „Und das war ja für uns Goldstaub.“ Gille liest auch den sogenann-ten *Brundtland-Bericht* zur gemeinsamen Zukunft der Menschheit und stellt ihr Tun in einen größeren Umweltkontext. Später stellt sich heraus, dass Rotraut Gille in der Klinik von einem inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi bespitzelt wird. Sie spürt den wachsenden politischen Druck, unter dem selbst systemkonforme Naturschutzaktivitäten stehen können. Gille reist auch zur *Umweltbibliothek* nach Berlin: „Aber das wurde einem so irgendwie doch ein bisschen unheimlich. Also wir wurden beobachtet.“ 1989 besucht sie die von Matthias Platzeck und Carola Stabe mitgegründete *Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtge-staltung ARGUS* in Potsdam, die die diversen Grup-pen zusammenruft, um die Schlagkraft zu erhöhen: „Und das Schärfste war ja dann, als wir schriftlich Unterschriften für die Offenlegung der Umweltdaten gesammelt haben.“ Bei der Rückkehr „hat mein Mann zu mir gesagt: ‚Dich sperren sie noch mal ein.‘“

In der Wendezeit entscheidet sie sich, die GNU zu verlassen, „weil wir doch nicht so die Freiheit hatten, uns unbegrenzt hier im Umweltschutz zu engagieren“. Sie gründet mit Mitstreiterinnen und Mitstreitern eine NABU-Gruppe in Schwedt. Heute gibt es dank dieses Engagements mehrere Naturgärten, Schwalben- und Mauerseglertürme und große Wildbienenflächen – und Schwedt wird 2015 Kommune für biologische Vielfalt. Rotraut Gille fährt „die Ernte ein“, bekommt diverse Auszeichnungen für ihre praktische Arbeit, und hat, „ach, noch so viel vor!“

Marion Wenzel bei der Arbeit, 1985



Die Fotografin Marion Wenzel

1982 beginnt Marion Wenzel, Fotografin und Studentin der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst – Abteilung Fotografie, Fachklasse Prof. Evelyn Richter –, im Rahmen einer Projektarbeit die Tagebaue im Süden Leipzigs zu dokumentieren. Sie hat sich das Thema nicht selbst gewählt. Ihre Professorin schlägt es ihr vor. Und sie nimmt die Herausforderung an, nicht liebliche Naturlandschaften abzubilden, sondern sich dieser Industrienatur zuzuwenden.

Über mehrere Jahrzehnte wird Marion Wenzel immer wieder alleine zwischen Großbaggern und Abraumhalden mit einer schweren Plattenkamera unterwegs sein. Auf ihren Erkundungen entstehen großformatige Aufnahmen einer vom Menschen geschaffenen und radikal veränderten Landschaft. Wenzel versenkt sich in den Anblick der entstandenen Täler und Ebenen, versteht sich als „Zeitzeugin“, die einfängt, was dort passiert, wie sich die Ansichten verändern, wo Neues entsteht. Ihre Fotografien erlauben den Betrachtenden, in diese eigenartigen Landschaften „reinzusteigen“. Die Ansichten treffen bei den ersten Ausstellungen auf große Aufmerksamkeit, aber sie

verunsichern die Betrachtenden bisweilen – sind die Aufnahmen nicht zu „ästhetisierend“? Und wo ist eigentlich „der sozialistische Mensch“ in diesen Bildern? Die visuellen Langzeitbeobachtungen werden später für die Umweltbewegung im Südraum von Leipzig bedeutsam. Sie entwickeln sich in den Zeiten des Umbruchs auf einer zweiten Ebene zu politischen Dokumenten und werden für Ausstellungen und Publikationen zur Darstellung der Umweltveränderung genutzt. Wenzels Aufnahmen und ihr Archiv entwickeln sich zu „Schatzkammern“. Die Bilder bleiben, wenn Tagebaue und Abraumhalden in neue Landschaften übergehen.

„Eine Landschaft nach der anderen“ – Dokumentation der Veränderungen im Leipziger Südraum durch die Jahrzehnte von Marion Wenzel



Tagebau Cospuden I, 1985



Cospuden I, 1998



Tagebau Cospuden IV, 1985



Cospuden IV, 1998

Kurz und knapp



Recycling leicht gemacht: eine rollende Abnahmestation für Altstoffe in Neubrandenburg-Ost, 1975

Altstoffe und Kreislaufwirtschaft

Altkleider, Einmachgläser, Spraydosen und Thermo-
plaste – in der DDR sammeln die Menschen „Sekundär-
rohstoffe“, bringen sie zu einer der 17.000 Annahme-
stellen und bekommen Bares dafür ausgezahlt. Schul-
klassen finanzieren damit gemeinsames Eisessen,
Kollektive sammeln so Geld für Vietnam. Es ist ein
effektives Recyclingsystem. Dahinter steckt nicht allein
ein Mangel an Rohstoffen, sondern auch das Ideal
geschlossener Stoffkreisläufe, bei denen die Produk-
tion sämtliche Reste verwerten würde. Allerdings bleibt
man weit hinter dem Ziel zurück und löst auch das
Müllproblem nicht. Das Sammeln und Verwerten aller-
dings ist fest in der Gedankenwelt und im Alltagsleben
der Bevölkerung verankert. Und so konform es auch
erscheinen mag – bisweilen finanziert es auch sub-
versive Strömungen. Punks in den besetzten Häusern
Ost-Berlins können sich in den 1980er-Jahren damit
gut über Wasser halten: Das Geld, das für ein paar abge-
lieferte Flaschen ausgezahlt wird, reicht immer für eine
Tüte Brötchen.

Brodowiner Gespräche

Brodowin ist ein idyllisches Straßendorf in Brande-
nburg, nahe der polnischen Grenze. Hier lebt seit Mitte
der 1970er-Jahre der Naturschutzautor und kritische
Sozialist Reimar Giltsenbach (1925 bis 2001). 1981
beschließt er, kluge Köpfe aus der Wissenschaft mit
Schriftstellerinnen und Schriftsteller zu offenen Um-
weltgesprächen zusammenzubringen.

Weil der Kulturbund, in dem er aktiv ist, zunächst kein
Geld gibt, lädt Giltsenbach einfach zu sich nach Hause
ein, „ein riesiger Topf Suppe“ genügt als Verpflegung. In
den nächsten Jahren finden die Brodowiner Gespräche
an verschiedenen Umwelt-Orten statt, in geschädigten
Wäldern, in der Nähe von Tagebauen oder Talsperren.
Sie werden zu Verteilerstellen für ökologisch-kulturellen
Austausch. Giltsenbach ist es dabei ein zentrales Anliegen,
Freundschaften zu stiften. Denn er hat in der Natur-
schutzgeschichte beobachtet, „dass die Leute, die große
Gedanken eingebracht haben, als die Zeit dazu reif war,
miteinander befreundet waren.“



Wallfahrt anlässlich des Umweltgottesdienstes in Deutzen, 1988

Eine Mark für Espenhain

„Bei der Braunkohleschmelerei Espenhain konnten Sie bei entsprechender Inversionswetterlage plötzlich in eine Mauer aus schwarzer Luft fahren“, erinnert sich die Umweltakteurin Gisela Kallenbach. Dann weisen Fackeln Autofahrerinnen und Autofahrern den Weg. Die Anlage sorgt für dicke Luft.

Das zwischen 1936 und 1942 südlich von Leipzig erbaute Werk ist Ende des Zweiten Weltkrieges zu 70 Prozent zerstört. Doch schon 1945 geht es wieder in Betrieb. Die von ihm ausgehende Umweltverschmutzung wird in der frühen DDR als Erbe des Faschismus abgetan, das bald überwunden sein wird. 1965 beschließt die Regierung, auf Petrochemie zu setzen und den VEB Braunkohleveredelung Espenhain zehn Jahre

später stillzulegen. Bis dahin soll auf Verschleiß gefahren werden. Doch angesichts der Ölkrise hebt der 1. Sekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED Honecker den Stilllegungsbeschluss 1972 auf. Anfang der 1980er-Jahre überschreiten die Emissionen die zulässigen Grenzwerte um das Tausendfache, Hunderttausende Menschen sind davon betroffen. Im einen Kilometer entfernten Mölbis verlieren die Bäume im Mai ihre Blätter.

„Man muss gegen diese Umweltzerstörung als Christ angehen“

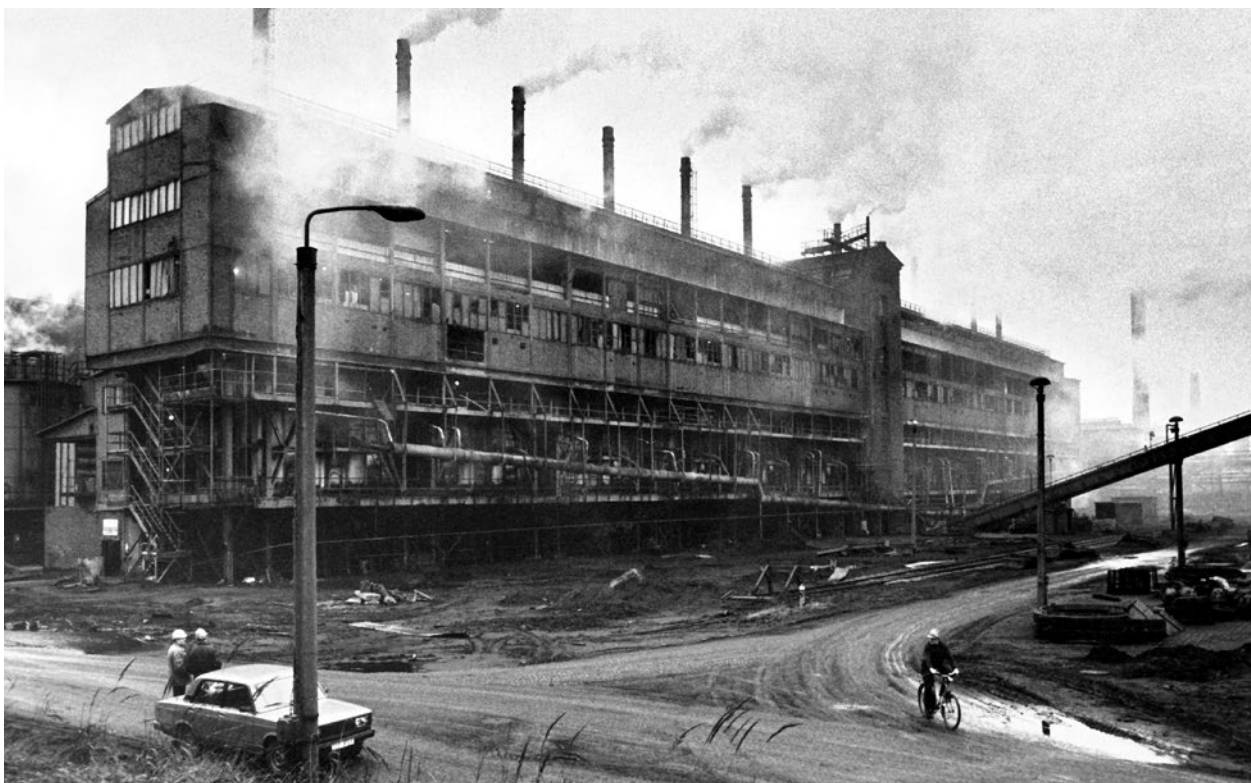
1981 treffen sich im unweit von Espenhain gelegenen Rötha Menschen konfessionsübergreifend im Pfarrhaus zum „Ökumenischen Kaffeeklatsch“, wie sie es später bezeichnen. Unter ihnen ist auch die Chemikerin Christiane Hanisch, die im *Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg* an der Veröffentlichung *Die Erde ist zu retten* mitgearbeitet hat. Die Gruppe um Pfarrer Walter Christian Steinbach beginnt, sich mit Umweltthemen auseinanderzusetzen. Das *Christliche Umweltseminar Rötha*, CUR, ist geboren. Die Umweltakteurinnen und -akteure starten Baumpflanzungen und sammeln Informationen – auch zu den Auswirkungen des Werkes in Espenhain. 1983 gestalten sie in Mölbis den ersten einer Reihe von Umweltgottesdiensten. Die Gottesdienste stehen alle unter dem Motto „Unsere Zukunft hat schon begonnen“ und werden begleitet von einem Markt der Möglichkeiten, Informationstafeln und Wallfahrten mit Blick auf das Werk.

Immer wieder schreiben die Umweltakteurinnen und -akteure Eingaben. Doch diese erscheinen ihnen zunehmend zwecklos. Die in Eingabegesprächen zugesagten Veränderungen erweisen sich als „heiße Luft“. Als sie

1988 von offizieller Seite hören, mehr könne man nicht tun, macht sich fast Resignation breit. Doch bei einem Umweltgottesdienst in Deutzen im Juni 1988 kommt dann die zündende Idee: Gemeinsam mit dem *Ökologischen Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke* starten Walter Christian Steinbach und das *Christliche Umweltseminar Rötha* die Aktion *Eine Mark für Espenhain*.

„Es ist keine Unterschriften-sammlung, es ist nur eine Quittungsunterschrift“

Die Aktion ist ein genialer Schachzug. Denn Unterschriftenaktionen sind in der DDR nicht erlaubt. Doch die Akteurinnen und Akteure bitten um Geld für die Sanierung des Werkes. Mit einer Mark als Einsatz ist die Spende ein eher symbolischer Akt, der Zweck zudem konstruktiv. Jede einzelne Spende aber wird akribisch dokumentiert mit der Unterschrift der Spenderinnen und Spender, die damit offen bezeugen, dass sie die Umweltverschmutzung nicht länger hinnehmen. Gemeinsam mit Umweltgruppen in der ganzen DDR sammeln Akteurinnen und Akteure innerhalb eines guten Jahres rund 100.000 Mark – und genauso viele Unterschriften. Es ist die größte illegale Unterschriftenaktion der DDR.



Die Schwelerei in Espenhain, undatierte Aufnahme

Die Umweltbibliothek Berlin

Die Berliner Umweltbibliothek entsteht in einer Zeit, in der Umweltaktivistinnen und -aktivisten zwar vermehrt im öffentlichen Raum agieren, sie vielerorts aber auch resignieren oder Ausreisen Gruppen „trockenlegen“. Die Gründerinnen und Gründer wollen in der DDR bleiben und andere dazu bewegen, es ihnen gleichzutun. Sie wissen, was dafür nötig ist: „Man musste eine Gegengesellschaft aufbauen, damit man sich in diesem Land bewegen konnte.“ Dazu gehört für sie eine alternative Kulturszene genauso wie das Aufbrechen des staatlichen Informationsmonopols – ob zu Umweltproblemen oder Menschenrechten. Sie begeben sich zwar wie andere Gruppen unter das Dach der Kirche, doch sie scheuen nicht die Konfrontation mit dem Staat, im Gegenteil.

Für den Umweltaktivisten Christian Halbrock beginnt die Vorgeschichte der Bibliothek 1983 bei einem Protest gegen den Autobahnbau Schwerin–Wismar. Dort entsteht die Idee für einen Kreis „ohne feste Strukturen, wo wir Aktionen machen wollten, mit denen wir nach außen strahlen“. Mit neuen Protestformen und Reaktionsschnelle wollen die Aktivistinnen und Aktivisten Staat und Sicherheitsorgane „übrumpeln“. Denn „wenn etwas neu war und nicht sofort eingeordnet werden konnte, war es häufig so, dass erst mal nichts passierte“.

Die Gruppe trifft sich in der Glaubenskirche in Berlin Lichtenberg und der Plan für eine Umweltbibliothek reift. Doch der Versammlungsort ist dafür nicht geeignet: zu nah an der Stasizentrale gelegen, zu viele Konflikte mit dem Pfarrer. Für ihr Projekt wollen die Gründungsmitglieder um Christian Halbrock, Wolfgang Rüdtenklau und Carlo Jordan mehr Mitspracherecht. Ihre Wahl fällt auf die Zionskirche. Die Gemeinde und Pfarrer Hans Simon (1935 bis 2020) empfangen



Silke Schuster, Carlo Jordan und Wolfgang Rüdtenklau, 1986

sie mit offenen Armen. Es ist 1986, das Jahr der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, und sie wissen den neu gewonnenen Sachverstand im eigenen Haus zu schätzen. Noch bevor der Bibliotheksbetrieb beginnt, stellt die Gruppe einen Themenabend mit dem provokanten Titel *Morsche Meiler* auf die Beine. Es wird „eine massiv volle“ Veranstaltung; weitere folgen. Zum Glück hat die Gruppe, die größtenteils aus Autodidaktinnen und Autodidakten besteht, auch eine Physikerin an Bord: Christine Müller. „Ohne sie wäre nicht denkbar gewesen, was geschehen ist.“

Am 2. September 1986 eröffnet die *Umweltbibliothek* in Kellerräumen der Zionskirche ihre Pforten. Sie macht kaum erhältliche und verbotene Bücher ebenso zugänglich wie ein breites Spektrum von Samisdat-Schriften. Sie bietet einen Ort für Ausstellungen, Konzerte und Lesungen und für Treffen der oppositionellen Bewegung. Hier erfahren Aktivistinnen und Aktivisten die neusten Termine.

„Wir hatten eine Position und haben sie bis zur äußersten Konsequenz vertreten.“

Von ehemaligen Inhaftierten wissen die Aktivistinnen und Aktivisten der *Umweltbibliothek*: Es „ist nicht so,



Christian Halbrock (links), Anfang der 1980er-Jahre

dass niemand den Mund aufmacht: Es erfährt bloß keiner.“ Sie wollen daher eigene Kommunikationskanäle stärken und eine Untergrundzeitschrift herausgeben. Aus einem kleineren Mitteilungspapier werden ab April 1987 die *Umweltblätter*, die alle ein bis zwei Monate erscheinen. Zudem können andere Gruppen die vorhandene Technik als Druckerei nutzen.

In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1987 stürmt die Staatssicherheit samt Staatsanwalt die *Umweltbibliothek*. Mit der *Aktion Falle* wollen sie die Aktivistinnen und Aktivisten beim Druck des illegalen *Grenzfalls* antreffen, einer Schrift der *Initiative Frieden und Menschenrechte*. In Arbeit sind aber gerade die legalen *Umweltblätter*. Dennoch führt die Stasi sieben Personen ab, zwei kommen in Untersuchungshaft. Doch die versuchte Schwächung der Aktivistinnen und Aktivisten misslingt: Aus dem ganzen Land beteiligen sich Menschen an Solidaritätsbekundungen und Mahnwachen. Die *Umweltbibliothek* wird über die Grenzen der DDR hinaus bekannt. Die beiden Inhaftierten werden am 28. November entlassen. „Das wurde zur ersten öffentlichen Niederlage der Staatssicherheit“, bringt es Carlo Jordan auf den Punkt. Die Solidaritätserfahrung stärkt die gesamte oppositionelle Bewegung.

Innerhalb der *Umweltbibliothek* allerdings brechen Konflikte auf, persönliche und inhaltliche. Ein Streitpunkt: die Idee zur Bildung eines DDR-weiten Netzwerkes. Einige Mitglieder erachten eine solche Struktur für notwendig und betonen deren regionale Ausrichtung, andere befürchten, damit eine zentralistische


Organisationsform zu schaffen. Am Ende gründet sich um Carlo Jordan im Januar 1988 das *Grün-ökologische Netzwerk Arche*. Es kommt zu einem Unvereinbarkeitsbeschluss: Niemand darf in beiden Gruppen tätig sein.

Die *Umweltbibliothek* setzt ihre Arbeit fort und hat alle Hände voll zu tun. „Im Prinzip war das wie ein Zweitjob.“ Ihrem politischen Anspruch bleiben die Aktivistinnen und Aktivisten treu. Am 2. Oktober 1989 organisieren sie in der Berliner Gethsemanekirche gemeinsam mit dem *Weißenseer Friedenskreis* und der *Kirche von unten* eine Mahnwache für die bei den Leipziger Montagsdemonstrationen Inhaftierten. In den folgenden Tagen tragen sie über ein Kontakttelefon Informationen zu weiteren Verhaftungen und oppositionellen Aktionen zusammen und schaffen Öffentlichkeit.

Der Umbruchsprozess 1989/90 ändert schließlich alle gesellschaftlichen und politischen Strukturen, zu denen sich die *Umweltbibliothek* als Gegenentwurf versteht. Das Tempo der Ereignisse lässt Mitglieder zurück, das Milieu der westdeutschen Umweltbewegung befremdet viele. „Wir hatten große Hoffnung und wurden dann kalt erwischt.“ Doch eines überdauert: Mit den Mahnwachen haben sie gezeigt, dass man Menschen auch unter widrigen Bedingungen zu solidarischem Handeln bewegen kann. Für Christian Halbrock einer der größten Erfolge der DDR-Umweltbewegung.



Die Stasi will die Kerzen außerhalb der Kirche verbieten. Doch Carlo Jordan prüft, wo die Grenze des Kirchengrundes verläuft, und zeichnet sie ein. Ein schmaler Streifen bleibt bei der Mahnwache 1987 für den Protest im öffentlichen Raum.



Filmstill aus „Bitteres aus Bitterfeld“
(verminderte Bildqualität aufgrund
älteren Filmmaterials)

Der Film „Bitteres aus Bitterfeld“ des Grün-ökologischen Netzwerkes Arche

Es sind eindrückliche Bilder einer Umweltkatastrophe, die das ARD-Magazin *Kontraste* am 27. September 1988 sendet und die in vielen Wohnzimmern der DDR zu empfangen sind. Zu sehen sind Berge von Sondermüll und Seen von giftigen Abwässern rund um Bitterfeld und Wolfen. Der Beitrag zeigt ein ungeheuerliches Ausmaß der Umweltverseuchung. Und er benennt, wer das Ganze öffentlich macht: Mitglieder des *Grün-ökologischen Netzwerkes Arche*. Ihr Werk ist weder für den „innerkirchlichen Gebrauch“ deklariert noch so zurückhaltend formuliert, dass es staatlicherseits geduldet wird. Damit gehen die Umweltaktivistinnen und -aktivisten einen neuen Weg.

Ende des 19. Jahrhunderts siedeln sich rund um den Braunkohletagebau im Gebiet Bitterfeld erste chemische und energieintensive Unternehmen an. Die Werke wachsen, neue kommen hinzu. Trotz zu leistender Reparation nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt sich hier einer der zentralen Chemiebezirke der DDR. Die Fabriken in Bitterfeld produzieren Stickstoffdünger, Pestizide, Waschsubstanzen, die Werke in Wolfen

Farben und Filme, auch für den Westexport. Zeitgleich gräbt sich der Tagebau Goitzsche weiter in die Erde. Die Verschmutzung der Luft und der Flüsse ist allgegenwärtig. Auf den Häusern und Höfen unweit der Werke liegt die Flugasche manchmal zentimeterdick. Das Grundwasser ist bis heute stark belastet und muss eine Vielzahl von Filtern durchlaufen.

1984 finden die ersten *Bitterfelder Ökologietage* statt, auf Initiative des Kreisjugendpfarrers entsteht eine ortsansässige Umweltgruppe. Wenige Jahre später lernen Carlo Jordan und Ulrich Neumann vom *Grün-ökologischen Netzwerk Arche* den ehemaligen Chemiefacharbeiter Hans Zimmermann (1948 bis 2015) kennen, der sich kritisch mit der Umweltsituation in Bitterfeld auseinandersetzt. Sie entwickeln ein Projekt, das seinesgleichen sucht: den Dokumentarfilm *Bitteres aus Bitterfeld*.

„Vorsicht. Giftig“

Um die Aktion nicht zu gefährden, sind nur wenige Personen eingeweiht. Ulrich Neumann nimmt Kontakt zu der Westberliner Journalistin Margit Miosga auf. Der Westberliner Kameramann Rainer Hällfritzsich wird für die Aufnahmen gewonnen. Hans Zimmermann wählt die Drehorte aus. Schließlich kommt für die Logistik noch *Arche*-Akteur Edgar Wallisch hinzu. Er besitzt einen blauen Lada, wie er oft von der Stasi benutzt wird. Dieser soll ihre Fahrt durch das Industriegelände tarnen. Als Drehtag wählt die Gruppe den 25. Juni 1988. An dem Tag findet das Endspiel der Fußballeuropameisterschaft statt. Die Aktivistinnen und Aktivisten hoffen, dass auch Mitarbeitende der Staatssicherheit, Volkspolizei und der Betriebe das Finale sehen wollen und weniger präsent sind. Zudem ist Kirchentag in Halle, und viele Sicherheitskräfte sind dort gebunden. Der Plan gelingt: Das Filmteam mit seinem eher unauffälligen und kleinen Camcorder wird weder entdeckt noch aufgehalten. Edgar Wallisch sorgt dafür, dass das Rohmaterial Ende Juni nach Westberlin gelangt, wo es der – mittlerweile ausgereiste – Ulrich Neumann in Empfang nimmt und zusammen mit Hällfritzsich und Miosga schneidet und vertont.

Die Bilder zeigen den sogenannten Silbersee bei Wolfen und unzählige Giftmüllbehälter auf der *Deponie Freiheit III*. Panoramaaufnahmen dokumentieren das Ausmaß der Umweltkatastrophe in teils surrealen Farben, Nahaufnahmen der Warnhinweise geben Auskunft über die toxischen Inhalte der abgeladenen Fässer: „Vorsicht. Giftig“. Ein sachlicher Kommentar erläutert, was zu sehen ist und welche Gefahren für Mensch und Umwelt damit verbunden sind.

„Am wichtigsten und wirksamsten sollten unsere Filme werden“

Die Uraufführung des Films findet bei verschiedenen Umweltgruppen in der DDR statt. Erst danach „haben wir ihn freigegeben für *Kontraste*“, erinnert sich Carlo Jordan.

Das ARD-Magazin zeigt eine gekürzte Fassung, ergänzt durch ein Interview mit Ulrich Neumann. Mit der Ausstrahlung erfährt die DDR-Öffentlichkeit auch, was die Samisdat-Schrift *Arche Nova* später schwarz auf weiß veröffentlicht: Sie kann über Umweltprobleme und die eigene Gefährdung kaum etwas wissen, weil Umweltdaten seit 1982 unter Verschluss gehalten werden. Diese Geheimhaltung aber öffnet der illegalen Entsorgung von Giftmüll Tür und Tor.

Präsentiert wird der Film als reines Produkt des *Grün-ökologischen Netzwerkes Arche*. Gemeinsam mit der Erstaufführung in der DDR soll dies verhindern, dass die Glaubwürdigkeit des Films durch den Vorwurf der „Westpropaganda“ torpediert wird. Gelingen aber kann die Aktion nur als Gemeinschaftsprojekt, zwischen Ost- und Westdeutschland, ausgereisten und gebliebenen DDR-Umweltaktivistinnen und -aktivisten. Auch mit dieser Teamgestaltung geht das in Ostberlin gegründete, regional strukturierte Netzwerk neue Wege und unterscheidet sich von anderen Umweltgruppen der DDR.

Der Sendung des Films folgt innerhalb kürzester Zeit die Planierung der *Deponie Freiheit III*. Der Rat des Bezirkes Halle veranlasst die Erfassung von Altlasten und fordert – bereits als Kritiker des Status quo bekannt – Sanierungsmaßnahmen. Hans Zimmermann gerät in den Fokus der Stasi, doch er kann sich glaubhaft von der Ausstrahlung in der ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland) distanzieren. Öffentlich streiten staatliche Stellen und Betriebe weiterhin alle Probleme ab. Doch die Umweltsituation und das Versagen des Staates sind nicht mehr zu leugnen. Für Gisela Kallenbach spielt *Bitteres aus Bitterfeld* so eine wichtige Rolle im Vorfeld der Ereignisse von 1989:

„Das sind alles Mosaiksteine gewesen, mehr und mehr Menschen bewusst zu machen, dass es um Bürgerrechte geht, dass es um Menschenrechte geht, dass es um Bewahrung der Lebensgrundlagen geht und dass wir in allem persönlich betroffen sind.“

Kurz und knapp

Umweltgruppe Knau-Dittersdorf: gegen Tierleid und Gülle

Im ostthüringischen Orla produzieren rund 180.000 Schweine in Käfigbatterien täglich 3.000 Kubikmeter Rohgülle. Viele der Schweine des 1978 eröffneten Zucht- und Mastbetriebs sind für die Herstellung bundesdeutscher Wurst bestimmt. Aus riesigen Hallen und Gülleteichen entweicht so viel Ammoniak, dass Hunderte Hektar Wald sterben und Aufforstungen erfolglos bleiben. Die „Verregnung“ auf umliegenden Feldern tut ihr Übriges. Schwermetalle und Nitrate belasten das Trinkwasser. Den umliegenden Gemeinden stinkt es im wahrsten Sinne des Wortes.

Mitte der 1980er-Jahre gründen die Pfarrer aus den benachbarten Orten Knau und Dittersdorf, Peter Taeger und Reinhard Weidner, eine Umweltgruppe. Gemeinsam sammeln sie Daten. Dias der Mastanlage, die ein Schäfer für sie fotografiert, illustrieren ihre Vorträge über die Folgen der Massentierhaltung. Die Gruppe schreibt Eingaben, veranstaltet Umwelttage und gibt die Schrift *Die Leidplanke* heraus. In der Zeit des Umbruchs gehen Dorfbewohnerinnen und -bewohner sowie Umweltaktivistinnen und -akteure auf die Straße. Auch im Werk wächst der Unmut. Proteste und neue ökonomische Anforderungen wirken zusammen. Im September 1990 beschließt der nun demokratisch legitimierte Ministerrat der DDR auf seiner letzten Sitzung die Schließung des Werkes.



Ost-West-Protest
im Januar 1990

Die Deponie Schöneiche

Zu den typischen Aktionen von Natur- und Umweltschutzgruppen gehört es, kleine wilde Müllkippen vor Ort zu beseitigen, die zu Tausenden existieren. Daneben gibt es aber auch die ganz offiziellen großen Deponien oder Halden für Entsorgung, beispielsweise in Schöneiche bei Berlin. Hier landet seit 1974 auch Westberlins Hausmüll unkontrolliert in rauen Mengen. Bauschutt und Sondermüll werden auf benachbarten Deponien abgeladen. Die Wegwerfgesellschaft

der BRD beginnt, ihren Dreck gegen Devisen auszulagern und zu exportieren. Gegen die Praxis in Schöneiche formiert sich im Laufe der 1980er-Jahre lokaler Protest. Schülerinnen und Schüler verteilen Handzettel, Berliner Umweltgruppen informieren über die fragwürdige Praxis. Der Widerstand entwickelt sich zu einem deutsch-deutschen Vorhaben. 1990 blockieren Menschen aus der Nachbarschaft für einen Tag die Zufahrt. Der Müll staut sich, die Wut ebenfalls. Die Deponien bestehen teilweise bis heute – allerdings inzwischen saniert.

Orte des Engagements



Hinweise und Quellen

Hinweise

Autorinnen:

Sabine Diemer und Dr. Anna-Katharina Wöbse

Fachliches Lektorat:

Dr. Christian Möller

Interviewführung:

Marcus Held (Ralf Elsässer, Gisela Kallenbach, Wolfgang Kirmse, Walter Christian Steinbach, Marion Wenzel)

Eva Koch (Christian Halbrock, Carlo Jordan, Jörn Mothes)

Anna-Katharina Wöbse (Rosemarie Benndorf, Paul Dörfler, Rotraut Gille)

Wir danken

unseren Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Korrespondenz- und Gesprächspartnerinnen und -partnern: Edda Ahrberg, Dr. Rosemarie Benndorf, Simon Jakob Drees, Dr. Ernst Paul Dörfler, Dipl.-Ing. Ralf Elsässer, Dr. Rotraut Gille, Dr. Christian Halbrock, Dr. Carlo Jordan, Dipl.-Ing. Gisela Kallenbach, Prof. Dr. Wolfgang Kirmse, Prof. Dr. Hans Dieter Knapp, Mario Kutz, Kati Mattern, Jörn Mothes, Dr. Haiko Pieplow, Holger Stanke, Regierungspräsident a.D. Walter Christian Steinbach, Prof. Dr. Michael Succow, Marion Wenzel, zudem Dr. Hans-Werner Frohn und Prof. Dr. Joachim Radkau.

Quellen und Zitate

Einleitung

Sabine Diemer und Anna-Katharina Wöbse

4

Die Eule: ein vieldeutiges Symbol (Anna-Katharina Wöbse)

- Zitate entnommen dem Zeitzeugenbericht von Kurt Kretschmann in: Behrens/Hoffmann (2013): Naturschutzgeschichte(n), Seite 263–270.

6

Ein Instrument des Protests: Eingaben für Natur und Umwelt (Sabine Diemer)

- Die Beispiele sind dem Buch von Christian Möller (2020): Umwelt und Herrschaft in der DDR entlehnt.

7

Die erstaunlichen Kretschmanns (Anna-Katharina Wöbse)

- Zitate entnommen dem Zeitzeugenbericht von Erna und Kurt Kretschmann und Hartmut Sommerschuh in: Behrens/Hoffmann (2013): Naturschutzgeschichte(n), Seite 259–270 und Seite 364–366.

9

Arten retten, Vielfalt schützen (Anna-Katharina Wöbse)

- Interview Wolfgang Kirmse am 21. Juli 2020.
- Zitate Michael Succow und Hans Dieter Knapp in: Behrens/Hoffmann (2013): Naturschutzgeschichte(n), Seite 417, 235.

11

Nationalparkideen in der DDR (Anna-Katharina Wöbse)

- Interview mit Jörn Mothes am 30. Juli 2020.
- Zitat Hans Dieter Knapp in: Behrens/Hoffmann (2013): Naturschutzgeschichte(n), Seite 239.

13

Das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg (Sabine Diemer)

- Interview mit Rosemarie Benndorf am 29. Juli 2020.

15

Samisdat: die Macht des gedruckten Wortes (Sabine Diemer)

- Interview mit Walter Christian Steinbach am 23. Juli 2020.

17

Die Schweriner Baumpflanzaktionen (Sabine Diemer)	18
<ul style="list-style-type: none"> • Zitate, soweit nicht anders ausgewiesen, entstammen dem Interview mit Jörn Mothes am 30. Juli 2020. • Interview mit Christian Halbrock am 3. August 2020. 	
Die Arbeitsgruppe Umwelt Leipzig (Sabine Diemer)	20
<ul style="list-style-type: none"> • Alle Zitate entstammen den Interviews mit Gisela Kallenbach am 23. Juli 2020 und Ralf Elsässer am 29. Juli 2020. 	
Schreiben für die Umwelt (Anna-Katharina Wöbse)	22
<ul style="list-style-type: none"> • Zitate aus Marianne Dörfler und Ernst Paul Dörfler (1987): Zurück zur Natur? Mensch und Umwelt aus ökologischer Sicht. • Interview mit Ernst Paul Dörfler am 21. Juli 2020. 	
Protest gegen ein Kernkraftwerk in Stendal (Anna-Katharina Wöbse)	24
<ul style="list-style-type: none"> • Zitate Erika Drees entnommen aus Edda Ahrberg: Erika Drees (2011), Seite 105, 137; Zitat Edda Ahrberg Seite 141. 	
Stadtökologie in Schwedt (Anna-Katharina Wöbse)	26
<ul style="list-style-type: none"> • Interview mit Rotraut Gille im Rahmen des NABU-Zeitzeuginnenprojektes am 9. September 2015. • Interview mit Rotraut Gille am 22. August 2020. 	
Die Fotografin Marion Wenzel (Anna-Katharina Wöbse)	28
<ul style="list-style-type: none"> • Interview mit Marion Wenzel am 11. August 2020. 	
Altstoffe und Kreislaufwirtschaft (Anna-Katharina Wöbse)	30
<ul style="list-style-type: none"> • Gespräch mit einer ehemaligen Hausbesitzerin in Ostberlin, anonym, am 25. Juni 2020. 	
Brodowiner Gespräche (Anna-Katharina Wöbse)	30
<ul style="list-style-type: none"> • Zitate aus Zeitzeugeninterview Reimar Gilsenbach, in: Behrens/Hoffmann (2013): Naturschutzgeschichte(n), Seite 65–74, hier Seite 66. 	
Eine Mark für Espenhain (Sabine Diemer)	31
<ul style="list-style-type: none"> • Interview mit Walter Christian Steinbach am 23. Juli 2020. • Zitat „Unter der drohenden Gefahr ...“ entnommen: Steinbach (2019): Eine Mark für Espenhain, Seite 131. Interview mit Gisela Kallenbach am 3. August 2020. 	
Die Umweltbibliothek Berlin (Sabine Diemer)	34
<ul style="list-style-type: none"> • Alle nicht namentlich gekennzeichneten Zitate entstammen dem Interview mit Christian Halbrock am 3. August 2020. • Interview mit Carlo Jordan am 4. August 2020. 	
Der Film „Bitteres aus Bitterfeld“ des Grün-ökologischen Netzwerks Arche (Sabine Diemer)	36
<ul style="list-style-type: none"> • Alle namentlich nicht gekennzeichneten Zitate entstammen dem Interview mit Carlo Jordan am 3. August 2020. • Interview mit Gisela Kallenbach am 23. Juli 2020. 	
Umweltgruppe Knau-Dittersdorf: gegen Tierleid und Gülle (Sabine Diemer)	38
<ul style="list-style-type: none"> • Jan Schönfelder, Der größte Saustall Europas, in: Horch und Guck, Heft 76, 2/2012, Seite 28–31. 	
Die Deponie Schöneiche (Anna-Katharina Wöbse)	38
<ul style="list-style-type: none"> • Helmut Müller-Enbergs: Schöneiche, in: Horch und Guck, Heft 76, 2/2012, Seite 15–19. 	

Infobox

Der Kulturbund und die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) (Anna-Katharina Wöbse)	11
Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz (ILN) (Anna-Katharina Wöbse)	12
Zuführung (Sabine Diemer)	18
Subbotnik (Sabine Diemer)	19
Operativer Vorgang, Operative Personenkontrolle und Zersetzung (Sabine Diemer)	25

Literaturauswahl

- Ahrberg, Edda (2011):* Erika Drees, geborene von Winterfeld. Ein politischer Lebensweg, 1935 bis 2009. Halle.
- Anonym (1981):* „Kirche in der DDR: Wie Noah gegen die Flut“, in: Der Spiegel 47/1981, www.spiegel.de/spiegel/print/d-14346797.html [letzter Abruf 11. September 2020]
- Arndt, Melanie (2012):* Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR. Landeszentrale für politische Bildung Thüringen. 3. überarbeitete Auflage, Erfurt.
- Behrens, Hermann & Hoffmann, Jens (Bearb.) (2007):* Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte. 3 Bände. München.
- Behrens, Hermann & Hoffmann, Jens (Hrsg.) (2013):* Naturschutzgeschichte(n). Lebenswege zwischen Ostseeküste und Erzgebirge. Friedland.
- Beleites, Michael (1999):* Pflanzzeit. Stationen der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR. Bilder einer Ausstellung. Wittenberg.
- Dörfler, Marianne & Dörfler, Ernst Paul (1987):* Zurück zur Natur? Mensch und Umwelt aus ökologischer Sicht. Leipzig, Jena, Berlin.
- Enders, Karl (2007):* Die Entwicklung der Verunreinigung der Luft im Raum Bitterfeld/Wolfen. – In: Archiv für Naturschutz und Landschaftsforschung 46, Heft 3: 25–30.
- Förster, Horst et al. (Hrsg.) (2013):* Umweltgeschichte(n). Ostmitteleuropa von der Industrialisierung bis zum Postsozialismus. Göttingen.
- Frohn, Hans-Werner (2016):* Das Nationalparkprogramm der DDR. – In: Frohn, Hans-Werner et al. (Hrsg.): Ausweisungen von Nationalparks in Deutschland. Akzeptanz und Widerstand. Bonn-Bad Godesberg: 155–200.
- Gensichen, Hans-Peter (2007):* Die Beiträge des Wittenberger Forschungsheimes für die kritische Umweltbewegung in der DDR. – In: Behrens, Hermann & Hoffmann, Jens (Bearb.): Umweltschutz in der DDR. Analysen und Zeitzeugenberichte, Bd. 3: Beruflicher, ehrenamtlicher und freiwilliger Umweltschutz. München: 149–177.
- Gilsenbach, Reimar (2004):* Wer im Gleichschritt marschiert, geht in die falsche Richtung. Ein biografisches Selbstbildnis. Hrsg. von Hannelore Gilsenbach und Harro Hess. Berlin, Bonn.
- Halbrock, Christian (2012):* Die unabhängigen Umweltgruppen der DDR. Forschungsstand und Überblick. – In: Deutschland Archiv 45, Heft 1: 24–32.
- Hüttmann, Jens & Pasternack, Peer (Hrsg.) (2004):* Wissensspuren. Bildung und Wissenschaft in Wittenberg nach 1945. Wittenberg.
- Huff, Tobias (2015):* Natur und Industrie im Sozialismus. Göttingen.
- Jordan, Carlo & Kloth, Hans Michael (Hrsg.) (1995):* Arche Nova: Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988–90. Berlin.
- Kirchhof, Astrid Mignon (2014):* Gelebte Überzeugung. Das Wirken von Erna und Kurt Kretschmann für den DDR-Umwelt- und Naturschutz. – In: Braun, Jutta & Weiß, Peter Ulrich (Hrsg.): Agonie und Aufbruch. Das Ende der SED-Herrschaft und die Friedliche Revolution in Brandenburg. Potsdam: 190–211.
- Knabe, Hubertus (1993):* Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen. Eine vergleichende Analyse der Umweltdiskussion in der DDR und Ungarn. Köln.
- Köstering, Susanne & Rüb, Renate (Hrsg.) (2003):* Müll von gestern? Eine umweltgeschichtliche Erkundung in Berlin und Brandenburg. Münster.

- Kuhr, Eberhard (Hrsg.):* Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Opladen.
- Meßner, Gerhild (2009):* Geschichte der Müritz-Nationalparkregion. Speck.
- Möller, Christian (2014):* Der Traum vom ewigen Kreislauf. Abprodukte, Sekundärrohstoffe und Stoffkreisläufe im „Abfall-Regime“ der DDR (1945–1990). – In: Technikgeschichte 81, Heft 1: 62–89.
- Möller, Christian (2020):* Umwelt und Herrschaft in der DDR: Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur. Göttingen.
- Mothes, Jörn (2002):* Umweltgruppen und Stasi in der DDR. – In: Dümmel, Karsten & Schmitz, Christian (Hrsg.): Was war die Stasi? Einblicke in das Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS). Sankt Augustin.
- Müller-Enbergs, Helmut (2012):* Schöneiche. Dreck, Devisen und die Staatssicherheit. – In: Horch und Guck 76, Heft 2: 15–19.
- Nooke, Maria (2008):* Umweltverantwortung und Demokratisierung. Die Forster Oppositionsgruppe in der Auseinandersetzung mit Staat und Kirche. Berlin.
- Pollack, Detlef & Rink, Dieter (Hrsg.) (1997):* Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989. Frankfurt am Main
- Radkau, Joachim (2011):* Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. München.
- Reichert, Mike (1999):* Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad, 1955–1990. St. Katharinen.
- Reichhoff, Lutz & Wegener, Uwe (Hrsg.) (2011):* ILN. Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz Halle: Forschungsgeschichte des ersten deutschen Naturschutzinstituts. Friedland.
- Roesler, Jörg (2006):* Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR. Erfurt.
- Rösler, Markus et al. (1990):* Naturschutz in der DDR. Bonn.
- Rüddenklau, Wolfgang (1992):* Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989. Mit Texten aus den Umweltblättern, 2. überarbeitete Auflage. Berlin.
- Rühle, Ray (2003):* Entstehung von politischer Öffentlichkeit in der DDR in den 1980er Jahren am Beispiel von Leipzig. Münster.
- Schäfer, Michael (2011):* Uran für Moskau. Die Wismut – eine populäre Geschichte. Berlin.
- Schöne, Jens (2010):* Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, 3. durchgesehene Auflage. Berlin.
- Schönfelder, Jan (2012):* Der größte Saustall Europas. – In: Horch und Guck 76, Heft 2: 28–31.
- Steinbach, Walter Christian (2019):* Eine Mark für Espenhain. Leipzig.
- Steinmetz, Anne-Kathrin (2017):* Landeskultur, Stadtökologie und Umweltschutz. Die Bedeutung von Natur und Umwelt 1970 bis 1989. Eine deutsch-deutsche Betrachtung. Berlin.
- Stief, Martin (2019):* „Stellt die Bürger ruhig“. Staatssicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld. Göttingen.
- Succow, Michael et al. (Hrsg.) (2012):* Naturschutz in Deutschland. Rückblicke, Einblicke, Ausblicke. Berlin.
- Veen, Hans-Joachim et al. (Hrsg.) (2000):* Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. München.
- Wensierski, Peter (1986):* Von oben nach unten wächst gar nichts. Umweltzerstörung und Protest in der DDR. Frankfurt am Main.

Online-Archive und Lexika

www.archiv-buergerbewegung.de

www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

www.haus-der-naturpflege.de

www.havemann-gesellschaft.de

www.jugendopposition.de

www.runde-ecke-leipzig.de

www.ub30.de

<https://wende.nabu-zeitzeugen.de>

Das MfS-Lexikon/Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, www.bstu.de/mfs-lexikon

Umwelt hat Geschichte. Das Portal des Instituts für Umweltgeschichte und Regionalentwicklung (IUGR e.V.) an der Hochschule Neubrandenburg, www.hs-nb.de/iugr

Abkürzungsverzeichnis

AGU	Arbeitsgruppe Umwelt
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ARGUS	Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz und Stadtgestaltung
BRD	Inoffizielle Abkürzung für die Bundesrepublik Deutschland
CUR	Christliches Umweltseminar Rötha
DAL	Deutsche Akademie der Landwirtschaftswissenschaften
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDT	Dichlordiphenyltrichlorethan (Pestizid)
GNU	Gesellschaft für Natur und Umwelt
IGL	Initiativgruppe Leben
ILN	Institut für Landschaftsforschung und Naturschutz
IUCN	International Union for Conservation of Nature (Weltnaturschutzunion)
KKW	Kernkraftwerk
NABU	Naturschutzbund Deutschland
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
PCK	Petrolchemisches Kombinat
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
VEB	Volkseigener Betrieb
ZK	Zentralkomitee

Bildnachweise

Titel: picture alliance/dpa/dpa

Seite 4: Robert-Havemann-Gesellschaft/Andreas Kämper/RHG_Fo_AnKae_3506

Seite 6: Bundesarchiv, Bild 183-U0504-0301/Fotograf: Müller

Seite 7: Cozine/Adobe Stock

Seite 9: ullstein bild - Lengemann/WELT

Seite 10: Bundesarchiv, Bild 183-1987-0811-015/Fotograf: Müller

Seite 11: istock/ca2hill

Seite 12: Bundesarchiv, Bild 183-1988-0426-005/Fotograf: Müller

Seite 13: Bundesarchiv, Bild 183-89700-0001/Fotograf: Sempert

Seite 14: BMUV/Ulrich Meßner

Seite 15: istock/photoschmidt

Seite 16: Robert-Havemann-Gesellschaft/RHG KFH 027, Urheber: Kirchliches Forschungsheim Wittenberg:

Die Erde ist zu retten, 1985.

Seite 17 oben: Robert-Havemann-Gesellschaft/Wolfgang Rüdcklau/RHG_Fo_HAB_10104

Seite 17 unten: Robert-Havemann-Gesellschaft/RHG KFH 028, Urheber: Kirchliches Forschungsheim Wittenberg,

Michael Beleites: Pechblende. Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen, 1988.

Seite 18: picture-alliance/dpa | Robert B. Fishman

Seite 20: istock/makasana

Seite 21: Gisela Kallenbach

Seite 22: Pixabay

Seite 24: istock/SolidMaks

Seite 25: BMUV/Holger Stanke

Seite 26: Bundesarchiv, Bild 183-1986-0816-001/Fotograf: Müller

Seite 28: Marion Wenzel, Leipzig, Fotograf: Dr. Pilz

Seite 29: Marion Wenzel, Leipzig

Seite 30: Bundesarchiv, Bild 183-P0410-401/Fotograf: Benno Bartocha

Seite 31: BMUV/Walter Christian Steinbach

Seite 32: picture alliance 7 dpa/Berliner Verlag Gerhard

Seite 33 oben: BMUV/Walter Christian Steinbach

Seite 33 unten: BMUV/Walter Christian Steinbach

Seite 34: Robert-Havemann-Gesellschaft/Siegbert Schefke/RHG_Fo_SiSch_03_090-02

Seite 35 oben: BStU, Kerstin Mlynec

Seite 35 unten: BStU, MfS, HA XX/Fo/43

Seite 36: SWR/Kulturszene F: 90/24 – Bitteres aus Bitterfeld

Seite 38: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0125-015/Fotograf: Klaus Oberst

